Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug halbmtl. GM. 1.10. Postbez monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 15 Gpfg., Sonnabends 25 Gpfg. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Liefer. od. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 149 — **Freitag, den 27. Juni 1924** — **164. Jahrgang**

Herriot verlangt Ausbeutung des Ruhrgebietes.

Tageschronik

Die französische Regierung hat direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Micumverträge abgelehnt.

Im Senat ward Herriot mit 397 gegen 97 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Herr von Hoesch ist wieder in Paris eingetroffen.

Der Kommunistenführer Dörr ist wegen Hochverrat verhaftet.

Im Tschechenparlament sind die Vertreter des Deutschtums auf gemeine Art vergewaltigt worden.

Der Mietssatz für Monat Juli ist auf 62 Prozent festgesetzt worden.

Direkte Verhandlungen mit der Regierung über die Micumverträge abgelehnt.

Paris, 26. Juni. Wie die T.-U. erfährt, hat der deutsche Geschäftsträger in Paris in Abwesenheit des Botschafters von Hoesch das französische Auswärtige Ministerium aufgesucht und den Beginn der in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Micumverträge von Regierung zu Regierung angeregt, da der französische Ministerpräsident von seiner Londoner Reise zurückgekehrt sei. Die französische Regierung hat die direkten Verhandlungen mit der Begründung abgelehnt, daß die Verhandlungen von der Micum geführt werden sollen. Zu dieser schroffen Ablehnung der in Aussicht genommenen Verhandlungen erübrigt sich jeder Kommentar. Die Ablehnung wird von dem gesamten deutschen Volke als

ein Schlag ins Gesicht

aufgefaßt werden. Die Verhandlungen werden nunmehr am Sonnabend zwischen der Sachverkommission und der Micum geführt werden. Eine Verlängerung der Verträge würde für die Ruhrindustrie den Ruin bedeuten.

Dieses Verhalten Herriots wird natürlich für alle schwebenden politischen Fragen von allergrößter Bedeutung sein. Die deutsche Regierung wird sich jetzt wohl oder übel darauf einstellen müssen, daß **Herriot in der Praxis die Politik Poincares in sehr erheblichem Umfange fortsetzt.** Sie wird aber weiter berücksichtigen müssen, daß man auch in London nicht die geringsten Versuche zur praktischen Durchsetzung einer Verständigungspolitik gegenüber den hinter Herriot stehenden französischen Diplomaten macht. Man darf nicht übersehen, daß Herriot vor der Konferenz von Chequers geneigt war, die Micumfrage durch direkte Verhandlungen zu erleichtern, nach der Konferenz dagegen in dieser Frage vollständig

in die Politik Poincares einschwenkt.

Von einer Demarche des deutschen Botschafters in Paris in Fragen der Militärkontrollnote und des Sachverständigengutachtens ist im Auswärtigen Amt nichts bekannt.

Kabinettsrat.

Die Reichsregierung hat sich am Donnerstagnachmittag erneut in einer Kabinettssitzung neben der Erledigung laufender Angelegenheiten mit der Feststellung der deutschen Antwort auf

die Militärkontrollnote

der Botschafterkonferenz beschäftigt. Dabei ist eine grundsätzliche Klärung erfolgt. Der Wortlaut der Note steht vorerst noch nicht fest, doch trifft über ihren Inhalt das zu, was wir bereits gestern mitzuteilen in der Lage waren. Die Reichsregierung wird dem Wunsch der Gegenseite nach einer letzten Generaluntersuchung Folge leisten, aber in ihrer Antwort darauf hinweisen, daß diese Zustimmung eine schwere und große Belastung auf innerpolitischem Gebiet darstelle. **Dieser Hinweis wird von der Reichsregierung in der Note** durch tatsächliche Angaben und Vorschläge im einzelnen erläutert werden. Weiterhin werden, wie wir erfahren von der Reichsregierung in der Note Vorschläge unterbreitet, wie die geplante Schlußrevision praktisch am besten durchgeführt werden kann, um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden. Diese Note wird, wie schon wiederholt versichert wurde, bis spätestens Ende dieser Woche nach Paris abgehen.

Gegen die Militärkontrolle.

Eine Aktion der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion teilt mit:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion betrachtet mit ernster Sorge die Entwicklung der äußeren Lage und sieht der unmittelbar bevorstehenden Entscheidung der Regierung über die Militärkontrolle in Verbindung mit den weiteren Fragen der **Räumung des besetzten Gebietes** und der von Frankreich verlangten sogenannten Sicherheiten mit schweren Bedenken entgegen. Sie ist entschlossen, ihren Standpunkt noch rechtzeitig zur Geltung zu bringen. Nachdem das in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses unmöglich gewesen ist, hat der Fraktionsvorstand an den Herrn Reichskanzler das förmliche Ersuchen gerichtet, Vertreter der Fraktion im Beisein des Herrn Außenministers zu empfangen. Der Empfang ist auf Freitag vormittag angesetzt worden. An sich muß es auffallen, daß trotz der Dringlichkeit der Frage und des fortgeschrittenen Standes der Verhandlungen der Termin der Besprechung nicht früher hat angesetzt werden können. Die Fraktion glaubt aber, nach den ihr auf Anfrage gewordenen Mitteilungen, daß trotz des späten Zeitpunktes der Besprechung ihr Wunsch, noch rechtzeitig vor der endgültigen Stellungnahme der Regierung zur Militärkontrolle gehört zu werden, volle Berücksichtigung findet, daß also **die deutsche Antwort auf die Militärkontrollnoten erst nach der Besprechung festgesetzt werden wird.**

Zu den Besprechungen, die Freitag auf diesen Antrag der Deutschnationalen Volkspartei mit dem Herrn Reichskanzler und dem Reichsaußenminister stattfinden, wird die Deutschnationale Volkspartei die Herren Großadmiral Tirpitz, Exzellenz Hergt, Professor Hoetzsch und den Grafen Westarp entsenden.

von Hoesch wieder in Paris.

Paris, 27. Juni. Der deutsche Botschafter von Hoesch ist gestern früh wieder in Paris eingetroffen und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen. Seine Demarche bei Herriot wegen der Präzisierung mehrerer Fragen betreffend Ruhrbesetzung, Micumverträge, Entwaffnungsfrage usw. wird wahrscheinlich abends erfolgen.

Senatsvertrauen für Herriot.

Mit 397 gegen 97 Stimmen.

Paris, 26. Juni. Der Senat hat heute dem Ministerpräsidenten Herriot nach Verlesung einer schriftlichen Erklärung über seine auswärtige Politik und über die Reise nach London und Paris das Vertrauen votiert, und zwar mit 397 gegen 97 Stimmen. Der größte Teil der Rechten hat sich der Stimme enthalten.

Nach der Senatssitzung begab sich der Ministerpräsident in die Kammer, um auch dort ein Exposee über seine auswärtige Politik zu halten. Im Verlaufe dieser Rede hat Herriot die wichtige Mitteilung gemacht, er habe von der Regierung der Vereinigten Staaten die offizielle Mitteilung erhalten, daß sie sich durch einen offiziellen Beobachter auf der Londoner Konferenz im Juli vertreten lassen werde.

Interpellation über die auswärtige Politik im französischen Senat.

Paris, 27. Juni. Der Senator Bompard hat im Senat eine Interpellation über die auswärtige Politik angemeldet. Sie wurde auf den 8. Juli festgesetzt. Auf das gleiche Datum sind zwei andere Interpellationen betreffend die aus den Sachverständigenberichten resultierende Finanzpolitik und die Regierungserklärung festgesetzt worden.

* * *

Teilweise Rückkehrerlaubnis für die Ausgewiesenen.

Berlin, 27. Juni. Der französische Ministerpräsident hat die deutsche Regierung amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß seine in der französischen Kammer abgegebenen Erklärungen über die Freilassung der Gefangenen und die Wiederzulassung der Ausgewiesenen bereits durch entsprechende Weisungen an die französische Besatzungsbehörde in die Tat umgesetzt sind. Wie die Meldungen aus dem besetzten Gebiet bestätigen, sind diese Weisungen schon seit einigen Tagen in der Durchführung begriffen. Bisher ist schon für den französischen Besatzungsabschnitt des altbesetzten Gebietes 7500 Familien, also 30 000 Personen, die Rückkehrerlaubnis erteilt worden. Am 25. Juni hat die Rheinlandkommission die Aufhebung weiterer Ausweisungen aus dem altbesetzten Gebiet in etwa gleichem Umfange beschlossen, sodaß im Ganzen etwa 15 000 Familien bezw. 60 000 Personen die Rückkehr in ihre rheinische Heimat ermöglicht ist. Gleiche Maßnahmen sollen für das neubesetzte Gebiet ergehen. Somit ist damit zu rechnen, daß in kürzester Frist dem größten Teil der Ausgewiesenen die Rückkehr ermöglicht und der Mehrzahl der Gefangenen aus der Zeit des Ruhrkampfes die Freiheit wiedergegeben wird. Früher sind bereits auch die deutschen Gefangenen aus St. Martin de Re und anderen französischen Strafanstalten gemäß der Zusage der französischen Regierung in Gefängnisse des besetzten Gebietes zurückgeführt worden. Unsere Wünsche in diesen dem deutschen Volke und der deutschen Regierung so sehr am Herzen liegenden Angelegenheiten sind durch die Initiative der Regierung des Herrn Herriot ihrer Verwirklichung einen erheblichen Schritt näher gebracht. Möge das Echo, das dieser den französischen Verständigungswillen (?) bekundende Entschluß in Deutschland sicherlich finden wird, mit dazu beitragen, daß auch die jetzt noch bestehenden Ausnahmen baldigst aufgehoben und damit baldigst sämtlichen Gefangenen und Ausgewiesenen Freiheit und Heimat wiedergegeben werden.

Noch immer kein Kabinett in Bayern.

München, 26. Juni. Durch die heutigen Veröffentlichungen der Deutschnationalen ist unmittelbar eine vollständige veränderte parlamentarische Lage entstanden, sodaß mit der Wahl des Ministerpräsidenten und der Neubildung des Kabinetts in dieser Woche nicht mehr gerechnet werden kann. Wie verlautet, hat der Fraktionsführer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Hilpert wegen des Artikels im „Bayerischen Kurier" ein Schreiben an Herrn Geheimrat Dr. Held gerichtet. Unter den gegebenen Umständen ist naturgemäß nur mit einer kurzen Dauer der morgigen Landtagssitzung zu rechnen, da für die Tagesordnung nur die Wahl der verschiedenen Ausschüsse übrig blieb.

Tagesordnung des Reichstages für Freitag und Sonnabend.

Berlin, 27. Juni. Der Aeltestenrat des Reichstages beriet gestern abermals endgültig über die Dispositionen für Freitag und Sonnabend. Am Freitag 12 Uhr steht die Interpellation wegen der landwirtschaftlichen Kreditnot, am Sonnabend 10 Uhr die Interpellation wegen der Notlage der Ausgewiesenen und wegen der Aufwertungsfrage auf der Tagesordnung. Es bleibt dabei, daß am Sonnabend der gegenwärtige Tagungsabschnitt abgeschlossen wird. Wann dann wieder der Reichstag wird zusammentreten können, ist noch ungewiß.

Aus dem Reichsrat.

Berlin, 27. Juni. Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung u. a. das deutsch-polnische Abkommen über den erleichterten Verkehr in dem Wirtschaftsbezirk an der polnisch-deutschen Grenze angenommen, ebenso den Gesetzentwurf über die erhöhte Entschädigung für Quartierleistung, die Novelle zur Strandungsordnung sowie das deutsch-polnische Abkommen über die Beamten in Oberschlesien. Desgleichen wurde der von der Reichsbank vorgeschlagenen Verteilung des Gewinnes zugestimmt.

Ruhrkrise.

Ueber all die so liebevoll gepflegten schönen Hoffnungen der deutschen Demokraten und Regierungspresse ist ein Raureif niedergegangen. Herr Herriot, der so liebenswürdige Worte von bevorstehender deutsch-französischer Verständigung und von wahrhaft demokratischer Bereinigung der Atmosphäre zu drechseln versteht, hat eine Gelegenheit, nicht nur Verständigungswillen, sondern einfache wirtschaftliche Vernunft zu bezeugen, unbenutzt verstreichen lassen. Er hat hat sogar kalt und kraß, wie es auch Poincare nicht anders hätte tun können, einen deutschen Vorschlag abgelehnt, der von eben dieser wirtschaftlichen Vernunft diktiert war und der einen vielleicht viel zu weit gehenden Beweis deutschen Verständigungswillens darstellt. Ohne mit dem Parlament Rücksprache zu nehmen, hat das Reichskabinett durch den deutschen Botschafter in Paris vorgeschlagen, von Regierung zu Regierung über die Fortsetzung der Reparationskohlenlieferung aus den Micumverträgen und ihre Finanzierung zu verhandeln, und dieser Vorschlag, der die endgültige Liquidierung des passiven Ruhrwiderstandes in sich schließt, ist von Herrn Herriot glatt abgelehnt worden. Was will Herrtot damit, der zwar die Ruhrräumung, bevor er Ministerpräsident wurde, versprochen hat, jetzt aber keinerlei Anstalten macht, dies Versprechen in die Tat umzusetzen und der sogar entschlossen zu sein scheint, die Methoden des Herrn Poincare zu übernehmen. Diese Ablehnung bedeutet nichts anderes, als daß Frankreich das Ruhrrevier weiter als Reparationsprovinz ausbeutet, indem es die Souveränität Deutschlands vollkommen ausschaltet und sich wie ein Straßenräuber am Privatbesitz durch Zwang schadlos hält für Leistungen, über die es sonst mit der deutschen Regierung erst einmal verhandeln müßte. Aus dieser Ablehnung geht mehr als deutlich hervor, daß der französische Kurs der alte geblieben ist und daß kaum Hoffnung gehegt werden kann, die Neu begonnenen Micumverhandlungen würden anders als mit einem neuen Diktat der Franzosen und Belgier enden. Dabei ist es aller Welt und der Micum erst recht ersichtlich, daß sich das Ruhrrevier in der allerschwersten Krise befindet und unweigerlich zusammenbricht, wenn die ihm auferlegten Belastungen andauern. Sollten es die Franzosen und Belgier darauf anlegen, daß dieser Zusammenbruch erfolgt und alles tun, um ihn zu befördern? Nach der Ablehnung Herriots ist anderes nicht zu vermuten, denn die deutsche Anregung ist in der Tat erst in zwölfter Stunde gegeben worden. In zwölfter Stunde! Der Versammlungsbeschluß der Gewerkschaft Alte Haase, die Geschäftsführung und Aufsichtsrat zu ermächtigen, den Betrieb einzustellen und damit die Gruben ersaufen zu lassen, wenn eine Rentabilität nicht mehr zu erreichen ist, zeigt, bis zu welchem katastrophalen Stand die Ruhrkrise gediehen ist. Die Gewerkschaft Alte Haase umfaßt den Großteil der Zechen des Kreises Hattingen, gibt weit über 2000 Arbeitern, die fast alle dort angesiedelt und also in ihrer Freizügigkeit gehemmt sind, Arbeit und Brot und hat unter Tage noch eine Kohlenmenge anstehen, die gut für 50 Jahre Förderung ausreichen würde. Da bei einer Stillegung des Betriebes die Kosten für die Wasserhaltung nicht aufgebracht werden können, so kann auf eine Wiederinbetriebsetzung nicht gerechnet werden und geht dieser Kohlenwert der deutschen Volkswirtschaft verloren. Das Schicksal der Bergwerksgesellschaft Alte Haase ist typisch für die Lage der südlichen Ruhrzechen im allgemeinen und es steht zu erwarten, daß unter dem Druck der Verhältnisse weitere Betriebe dem Vorgehen der Gewerkschaft folgen werden. Aber nicht nur im südlichen Teile, sondern im ganzen Ruhrrevier ist unter dem Druck der Micumverträge der durch den Lohnzwangstarif, durch die Steuerbelastung und den fürchterlichen Kapitalmangel zur völligen Untragbarkeit verschärft worden ist, die Krise in der beklemmendsten Weise akut geworden. Ihre Folgen müssen unabsehbar sein. Sieg: nicht doch noch in letzter Stunde die wirtschaftliche Vernunft, nicht nur bei den Franzosen, sondern auf der ganzen Linie, also auch bei den Arbeitnehmergewerkschaften, und in den verantwortlichen Regierungsstellen und kommt ein Betrieb nach dem andern zum Erliegen, so wird Deutschlands produktivstes Gebiet zu einer Wüste, in der die Menschen, vom Hunger getrieben, aufstehen, um wie Bestien aufeinander losgehen. Das ist dann der „Erfolg demokratischer Friedenspolitik" eines Herriot, an dem sich sozialistische Lohn- und Arbeitszeitpolitik in blinder Verkennung der Verhältnisse mitschuldig gemacht hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240627-17/fragment/page=0001

Die weitere Durchführung der Personalabbauverordnung ausgesetzt.

Berlin, 26. Juni. Im Reichstag wurde bei den Beamtenfragen noch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die weitere Durchführung der Personalabbauverordnung sofort und solange auszusetzen, bis eine gesetzliche Regelung dieser Frage erfolgt ist.

Verhaftung des Berliner Kommunistenführers Dörr.

Ein Verfahren wegen Hochverrats.

Berlin, 26. Juni. In den Räumen der Bezirksverordnetenversammlung Wedding wurde am gestrigen Mittwoch Abend nach Schluß der Sitzung der Führer der kommunistischen Fraktion im Berliner Stadtparlament, Max Dörr, von Kriminalbeamten verhaftet und dem Polizeipräsidium zugeführt. Wie verlautet, handelt es sich bei seiner Festnahme um die Ausführung eines vom Oberreichsanwalts gegen Dörr erlassenen Haftbefehls wegen Hochverrat.

Die Vertreter des Deutschtums im Tschechenparlament vergewaltigt.

Prag, 26. Juni. In der heutigen Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu stürmischen Szenen. Als der Präsident des Abgeordnetenhauses den deutschen Abgeordneten Schollich in seiner Rede über seine eigene Immunitätsangelegenheit unterbricht und ihn auffordert, die Rednertribüne zu verlassen, weigert sich der Abgeordnete, dieser Anordnung Folge zu leisten. **Daraufhin läßt der Präsident unter stürmischen Pfuirufen die Parlamentswache aufmarschieren und den Abgeordneten Schollich mit Gewalt aus dem Saale entfernen. Hierbei kam es zwischen deutschen und tschechischen Abgeordneten zu scharfen Kontroversen.** Handgreiflichkeiten konnten nur durch das Dazwischentreten einiger Abgeordneter verhindert werden. Nach Entfernung Schollichs aus dem Sitzungssaal verließen sämtliche deutsche Parteien unter Protesterklärungen den Sitzungssaal.

Bevorstehende Ankunft eines neuen großen polnischen Munitionstransports in Danzig.

Zeitweise Lähmung des gesamten Schiffsverkehrs.

Danzig, 26. Juni. Wie verlautet, trifft am Sonnabend früh zwischen 5 und 6 Uhr im hiesigen Freibezirk der polnische Dampfer „Warta" mit etwa 400 Tonnen für Polen bestimmter Munition aus Frankreich ein und wird von polnischen Marinemannschaften entladen werden. Polizeilicherseits sind in Anbetracht der Gefährlichkeit der Ladung umfassende Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. So müssen bis morgen abend sämtliche im Freibezirk liegenden Schiffe diesen verlassen und auch das Fahrwasser muß geräumt werden. Während der Anwesenheit der „Warta" im Freihafen ist der gesamte Hafenverkehr sowohl für ein- wie ausgehende Schiffe gesperrt. Demnach kann also von einer Lahmlegung des gesamten Hafenverkehrs zum mindesten für den Sonnabend gesprochen werden. Die vorstehende Nachricht erhellt wieder mit aller Deutlichkeit, wie sehr der Danziger Hafenverkehr und damit das ganze Wirtschaftsleben unter der Tatsache zu leiden hat, daß es Polen nach wie vor gestattet ist, nach Belieben Danzig als Munitions-Ausladeplatz zu benutzen.

Vertrauensvotum für Mussolini im Senat.

Rom, 27. Juni. Im Senat sprachen Abbiate sowie Graf Sforza gegen Mussolinis Innenpolitik. Graf Sforza griff Mussolini so heftig und leidenschaftlich an, daß die Mehrheit des Senats ihn wiederholt niederschrie. Sforza hat durch diese persönliche Gereiztheit Mussolini gegen seine Absicht einen Dienst erwiesen. Der Senat erteilte Mussolini ein Vertrauensvotum mit 225 gegen 21 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen.

Arbeitsruhe als Trauerkundgebung der italienischen Arbeiterschaft für Matteotti.

Mailand, 27. Juni. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera" werden die Oppositionsparteien der italienischen Kammer am heutigen Freitag nach der Trauerkundgebung für Matteotti zu einer Sitzung zusammenkommen und eine gemeinsame Erklärung beschließen, die sie der Oeffentlichkeit über ihre Haltung und ihre Ziele abgeben wollen. Die Erklärung soll aber keineswegs eine Antwort auf die beiden Reden Mussolinis in Senat und Kammer darstellen, auch keine Bindung für die Rückkehr in die Kammer enthalten. Die Opposition will die weiteren Ereignisse vorläufig abwarten. Gleichzeitig mit der Trauerkundgebung will die italienische Arbeiterschaft am heutigen Freitag zum Zeichen der Trauer die Arbeit 10 Minuten ruhen lassen, in den Staatsbetrieben 2 Minuten und in denjenigen Betrieben, wo eine Arbeitseinstellung mit Komplikationen verbunden sein würde, soll von der Arbeitspause Abstand genommen werden. Lediglich die Kommunisten fordern zum Generalstreik auf, vor dem die sozialistischen Organe aber dringend warnen.

Keinerlei Aenderung der britischen Politik gegenüber Aegypten und dem Sudan.

London, 26. Juni. Während der Debatte im Oberhause erklärte gestern nacht Lord Parmoor, die britische Regierung beabsichtige nicht, die im Sudan und in Aegypten verfolgte Politik in irgend einer Weise abzuändern.

Aus Stadt und Umgebung

Die ersten Sommertage.

Das Jahr ist jetzt auf seiner Höhe angekommen. Die Tage sind lang und reich an Duft und Sonnenschönheit. Auf den Feldern wogt das Korn; die Feldfrüchte haben die Versäumnis des späten Frühjahrs rasch aufgeholt und versprechen eine gute Ernte. Es ist Sommer geworden.

In den Gärten stehen die Rosen in voller Pracht; eine kommt nach der anderen; sie verblühen und verschütten dann ihre zarten Blütenschalen auf Kies und Gras. Auch Nelken und Lokojen sind da, Reseda, Lack und Heliotropen — **sie würzen die Luft überschwänglich,** als sollten wir Menschen uns wenigstens einmal im Jahre satt trinken an diesen Düften.

Das Laub rauscht sommerlich. Es ist dunkel geworden, vordem war es lichtgrün und hauchzart, jetzt zieht sich eine Staubschicht drüber; die Bäume warten auf den nächsten Regen, der sie blankwaschen soll, daß die Stämme dunkel glänzen und die wehenden Blätter glitzern.

Aus dem Wäldchen ruft der Kuckuck. Er ist schon in der Frühe auf und hat sein Rufen am Abend noch nicht satt, als wollte er damit die Länge dieser reichen Tage ausmessen. Das Heu ist gestapelt, nur an den Bahndämmen mähen sie noch — die kleinen Leute, die eine Ziege haben und das Futter hereinholen, wie sie es brauchen.

Täglich sehe ich Schulen Ausflüge machen. Es sind Mütter dabei mit Taschen, in denen sie Reisezehrung haben. Die Kinder stehen und staunen mit offenem Munde über all die Herrlichkeiten, die es zu sehen gibt. Da möchte man auch wieder ein Kind sein, das so sorglos seinen Tag leben kann.

Ja, wer keine Sorgen hätte! Diese Sommerwochen sind eine schwere Zeit für den Kaufmann und für den Landwirt, beide wissen nicht, woher sie das Geld, das rare Geld nehmen sollen.

Es bleibt nur die Hoffnung übrig und der alte Lebensmut, der sich nicht unterkriegen läßt. Und warum auch!

Noch sind ja die Tage der Rosen!

*

62 Prozent Julimiete

einschließlich der Hauszinssteuer.

Der preußische Wohlfahrtsminister hat die Miete für den kommenden Monat einschließlich der Hauszinssteuer auf 62 v. H. der Friedensmiete festgesetzt. Nimmt man die Hauszinssteuer mit 20 v. H. an, so ergibt sich eine Erhöhung des Zuschlages um 11 v. H. gegen den laufenden Monat. Der Beschluß des Ministers, den Mietzins in einen einheitlichen Satz zusammenzufassen, wird von Mietern, wie Vermietern begrüßt werden. In dem Einheitssatz ist auch ein Betrag für die großen Instandsetzungsarbeiten enthalten und so mit dem bisherigen Verfahren gebrochen, nach dem ein Zuschlag für diese Arbeit nur auf Antrag vom Mieteinigungsamte bewilligt werden konnte.

Nicht einbegriffen in den 62 v. H. ist ein Zuschlag zur Hauszinssteuer, den die Gemeinden auf Grund der zweiten preußischen Steuernotverordnung erheben dürfen. Neu ist auch die Bestimmung, daß der Vermieter berechtigt ist, das Wassergeld besonders umzulegen. In diesem Falle ermäßigt sich die gesetzliche Miete um 3 v. H.

Bezüglich der Schönheitsreparaturen ist es bei der Ende April getroffenen Regelung verblieben. Hat der Mieter auf Grund ausdrücklicher oder stillschweigender Vereinbarung oder nach Ortsgebrauch die Schönheitsreparaturen übernommen, so ist er berechtigt, den für laufende Instandsetzungsarbeiten bestimmten und in den 62 v. H. enthaltenen Hundertsatz von 15 v. H. um 4. v. H. der Friedensmiete zu kürzen.

Sowelt die amtliche Meldung, die auch von einigen kleinen Abweichungen abgesehen, für Merseburg Gültigkeit hat; doch kommen wir auf die Dinge in dieser Angelegenheit, wie sie in unserer Stadt liegen, noch näher zurück.

*

Am Sonnabend Auszahlung der Juligehälter für Reichsbeamte. Nach Anordnung des Reichsfinanzministeriums werden die am 1. Juli fälligen Gehälter der Reichsbeamten am 28. Juni zur Auszahlung kommen.

Das Schicksal der Kriegsanleihe. Amtlich wird mitgeteilt: Die neuerliche Bewertung der Kriegsanleihe auf der Börse hat zu Gerüchten bezüglich einer angeblichen Aufwertung der Kriegsanleihe Anlaß gegeben. Es muß festgestellt werden, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Siebenschläfer! Heute ist Siebenschläfer. Der 27. Juni hat durch die Legende, die sich an ihn knüpft, eine eigenartige Bedeutung erlangt. Diese Legende erzählt, daß im dritten Jahrhundert in Ephesus sieben Jünglinge lebten, die sich zum Christentum bekehrt hatten und einen sehr frommen Lebenswandel führten. Als nun unter Kaiser Decius im Jahre 251 eine schwere Christenverfolgung einsetzte, ergriffen sie die Flucht und versteckten sich in einer Höhle im Berge Kalion, wo sie jedoch von den Verfolgern entdeckt und eingemauert wurden. Sie verfielen nun in einen tiefen Schlaf, aus dem sie erst erwachten, als durch einen Zufall im Jahre 446 die Höhle wieder geöffnet wurde. Man brachte die seltsamen Höhlenschläfer vor Kaiser Theodosius den Zweiten, der, ebenso wie ein Bischof Martin, das Wunder bezeugte. Nach ihrem kurze Zeit nach ihrer Erweckung erfolgten Tode wurden die sieben Jünglinge — nach der Ueberlieferung sollen sie Brüder gewesen sein — heilig gesprochen, und zu ihrem Gedenken wurde der 27. Juni festgesetzt. Die Legende der Siebenschläfer, der zweifellos der Gedanke von der Möglichkeit einer Auferstehung des Fleisches zugrunde liegt, hat sich über einen großen Teil des Orients verbreitet, wo sie im Laufe der Zeit auch verschiedene Formen angenommen hat. Der Siebenschläfertag ist natürlich auch von allerhand Aberglauben erfüllt. Wer am Siebenschläfermorgen verschläft, der wird das ganze Jahr hindurch alle wichtigen Gelegenheiten verschlafen, heißt es, und wenn es an diesem Tage regnet, so wird es von nun an sieben Wochen hindurch jeden Tag regnen. Nun, heute war ja bis jetzt ein ganz ausgezeichnetes Sommerwetter, sodaß wir also die nächsten sieben Wochen hindurch keinen Dauerregen haben werden. Im übrigen aber brauchen wir es mit diesem Aberglauben, wenn er auch bisweilen recht hat, nicht so ernst zu nehmen.

Die Elternberatswahlen in der Provinz Sachsen lassen schon nach den jetzt vorliegenden Nachrichten einen vollen Sieg der christlich-unpolitischen Listen erkennen. In Magdeburg haben die christlich-unpolitischen Listen erhalten 150 Sitze zu 54, in Erfurt 249 zu 45, in Halle 80 zu 41. Da aber in Magdeburg sämtliche Schulen von 5 Stadtteilen nur christlich-unpolitische Listen gehabt haben und auch in Halle an 8 Schulen nur christlich-unpolitische Vertreter gewählt worden sind, so erhöht sich das Ergebnis für Magdeburg und Halle um mindestens je 100, sodaß wir allein für die 3 Großstädte der Provinz ein Ergebnis von 684 zu 140 erhalten. Nicht so günstig sind die Wahlen in Weißenfels, Zeitz und Burg ausgefallen, doch ist auch hier eine Zunahme der christlich-unpolitischen Listen zu verzeichnen. Eine große Mehrheit der christlich-unpolitischen Sitze haben: Groß-Salze mit 33 zu 5, Egeln mit 11 zu 0, Quedlinburg 36 zu 5, Langensalza 13 zu 7, Oschersleben 27 zu 4, Suhl 16 zu 7, Aschersleben 38 zu 9. Auch auf vielen Dörfern sind nur christlich-unpolitische Listen gewählt worden, sodaß sich das Verhältnis im Ganzen auf 1221 zu 223 stellt.

Auf zum Petersberg bei Halle! Die Ortsgruppen und die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei im Bezirk des Volksvereins Halle-Saalkreis rüsten seit Tagen für die große alljährlich stattfindende Veranstaltung auf dem Petersberg bei Halle. Der Festausschuß hat nun seine Vorarbeiten beendet und das Programm bereits bekanntgegeben. Nach demselben zu urteilen, wird die diesjährige Veranstaltung die vorjährige bei weitem übertreffen. Die Beteiligung wird, nach den Anfragen zu urteilen, in diesem Jahre sehr stark sein, so daß die Festleitung vielleicht noch einen zweiten Sonderzug einschieben wird. Die Feier auf dem Petersberg erhält ihre besondere Weihe durch die Aufführung des Stückes „Der alte Fritz nach der Schlacht bei Leuthen". Darsteller des alten Fritz ist der in den vaterländischen Kreisen beliebte Schauspieler des Halleschen Stadttheaters Robert Förster. In diesem Jahre werden die Volkstänze ausgeführt von den jungen Mädchen des Lohlandbundes. Näheres über die sonstigen Darbietungen wird in den nächsten Tagen noch mitgeteilt. Diejenigen nationalen Einwohner unserer Stadt, die sich an dieser Feier beteiligen wollen, mögen sich umgehend in der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei hier melden. Anmeldungen werden dort noch bis zum Donnerstag, den 3. Juli, bereitwilligst entgegengenommen.

Mit dem Tesching ins Auge geschossen. Gestern mittag ereignete sich auf der Kirschplantage in der König-Heinrichstraße ein bedauerlicher Unfall. Dort nahm ein gewisser Krause aus der Seffnerstraße ein Tesching zur Hand und legte es mit den Worten: „Jetzt werde ich mal auf dich schießen" auf den Arbeiter Urban an und drückte ab. Die Kugel traf den Bedauernswerten in das Auge. Es ist geradezu unverantwortlich, wie manche Leute mit Schußwaffen umzugehen pflegen. Die Untersuchung über diesen Fall ist noch im Gange.

Der Mitteldeutsche Verband evangelischer Arbeiter- und Volksvereine ist in neuem Aufblühen begriffen. Zur Förderung der Sache der evangelischen Arbeitervereine, die als Vereine evangelischer Gesinnungspflege, wie als Stätten des Tatchristentums innerlicher Vertiefung und guter Erholung dringend notwendig sind, ist von der kirchlichen Beratungsstelle für soziale Fragen die Anstellung mehrerer evangelischer Arbeitersekretäre in Aussicht genommen. Um den kirchlichen und unpolitischen Charakter der Arbeit zu wahren, sind Gaben aus möglichst vielen Kirchengemeinden, besonders der Industriebezirke, sehr erwünscht. Nähere Auskunft erteilt der Geschäftsführer der sozialen Beratungsstelle P. Küsel-Magdeburg, Tangermünderstr. 4, der auch die Beiträge in Empfang nimmt.

Ringreiten. Das alljährlich wiederkehrende Fest des Ringreitens erfreut immer von neuem die Jugend. Fleißig wird schon im nahen Meuschau gerüstet, um dieses Sportfest am kommenden Sonntag zu einem würdigen zu gestalten. Nach dem Ringstechen findet im „Kaffeehaus" Garten-Konzert und Tänzchen, sowie abends der übliche Ball statt. (S. Anzeige.)

Die Engerlingsplage ist dieses Jahr wohl geradezu unheimlich und besonders die Kleingärtner haben schwer darunter zu leiden. Bis zu 19 Stück unter einem großen Erdbeerstock, und 5—6 unter einer Salatstaude wurden gefunden; Gurken-, Mohn- und Kohlpflanzen hängen die Blätter und fangen an zu „trauern". Da ist es die höchste Zeit, die Pflanzen herauszunehmen und die Engerlinge abzutöten. Da die Gemüsepflanzen in diesem Frühjahr ziemlich hoch im Preise standen, entsteht den Schrebergärtnern durch diesen Schädling ein großer Schaden. Seine Vertilgung muß deshalb mit allen Mitteln betrieben werden.

Stadttheater Halle. Heute Freitag 6.30 Uhr „Parsival". Ein Bühnenweihfestspiel von Richard Wagner. Leitung: Kapellmeister Oscar Braun. Gäste: Amfortas: Kammersänger Friedrich Plaschke. Gurnemanz: Kammersänger Karl Braun. Parsifal: Kammersänger Robert Hutt. Klingsor: Kammersänger Eduard Habich. Kundry: Kammersängerin Helene Wildbrunn. Sonnabend „Kolportage". Sonntag „Die Meistersinger". Die Vorstellung muß aus technischen Gründen bereits um **6 Uhr** beginnen, nicht, wie angezeigt, um 6.30 Uhr.. Montag „Cavalleria rusticana" und „Bajazzo".

Aus dem Zoologischen Garten in Halle. Am vergangenen Montag wurde von der älteren Bisonkuh, die 1920 einen schweren Schuß ins linke Hinterbein bekam, ein Bullenkälbchen geseht. Unbekümmert um die Zuschauer vollzog sie den Geburtsakt in 30 Minuten. Wier Minuten vor 6 Uhr wurde der kleine Bisonbulle geboren, 6 Uhr 3 Minuten versuchte er aufzustehen, 6 Uhr 10 Minuten stand er und suchte nach dem Euter, 6 Uhr 13 Minuten saugte er bereits mit Behagen. Also schon nach einer guten Viertelstunde war das Kälbchen mit dem Wichtigsten seines Lebens beschäftigt, mit der Nahrungsaufnahme, nach einer weiteren Viertelstunde stolperte es neben der Mutter einher. Die Natur hat es verstanden, den meisten Wildtieren, die schnelle Beweglichkeit mitzugeben, die sie in freier Wildbahn nötig haben einesteils um der Herde sofort wieder folgen zu können, anderenteils um Raubtieren zu entgehen. Sonntags nachmittags und abends finden zwei Konzerte statt. Am Sonntag früh um 10,30 Uhr öffentliche Führung durch den Zoo durch den Direktor des Zoo, Herrn Dr. Kniesche. Am Dienstag, den 1. Juli findet im Bad Wittekind das diesjährige Brunnenfest statt, das allerlei Neues bieten wird. Unter anderem werden die Halloren ihr Pfingstbier mit Fahnenschwenken in Wittekind abhalten, die Schule Hedwig Rottebohm wird auf der neuen Terasse vor dem Bade Tänze aufführen, eine Ausstellung allermodernster Kunst ist im Gartensaal untergebracht, abends wird eine Konturen-Illumination der neuen Terassen veranstaltet und manches andere soll die Besucher unterhalten.

Keine Unterrichtsbefreiung ohne Ersatz. Die Befreiung von der Teilnahme an einer Fremdsprache konnte nach Bestimmungen von 1908 einer Schülerin in den Klassen 2 und 1 eines Lyzeums zugestanden werden. Nach einem neuen Bescheide des Volksbildungsministers gilt dies nicht für die Schulen, die nach dem Erlasse vom März 1923 umgewandelt sind. Auch da, wo nur eine Obersekunda ist, ist es möglich geworden, daß die von der Teilnahme an einer Fremdsprache befreiten Schülerinnen verstärkten Unterricht in technischen und künstlerischen Fächern erhalten. Eine Befreiung von einer Fremdsprache ohne Ersatz durch anderen Unterricht ist jetzt nicht mehr gestattet.

Das Wechselgeschäft der Post. Bei Postanweisungen nach den Vereinigten Staaten nimmt die Post für den Dollar 4,34 Mark und gibt für solche von dort 4,19 Mark. Für Anweisungen nach Chile, Estland, Lettland, Litauen, dem Memelgebiet, Mexiko usw. nimmt sie ebenfalls 4,34 Mark, gibt aber noch weniger, nämlich 4,06 Mark. Nach England, Aegypten und Siam nimmt sie 19,12 und gibt 17,19 Mark. Für den Schweizer Franken nimmt sie 78 Pfg. und gibt für die Mark 1,45 Frank, für den Luxemburgischen 17 Pfg. Die spanische Peseta bringt 53 Pfg. Die schwedische Krone kostet 1,17 Mark, während man für 1 Mark 93 Oere bekommt, für die dänische Krone 67 Pfg., die norwegische 53 Pfg. Der niederländische Gulden kostet 1,65 Mark, während für die Mark 70 Cents bezahlt werden. Der argentinische Goldpeso kostet 3,23 Mark und bringt 2,90 Mark.

Abzug der Fahrkosten zum angenehmen Wohnort. Bei der Einkommensteuer können die notwendigen Ausgaben des Steuerpflichtigen für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte abgezogen werden. Ein Finanzamt wollte das nicht zulassen, weil der Steuerpflichtige zu seiner Annehmlichkeit eine Wohnung gewählt hatte, die von seiner Arbeitsstätte entfernt liegt. Der Reichsfinanzhof hat aber in einem Urteil erklärt, daß der Abzug deshalb nicht verweigert werden kann.

Arzt, Zahnarzt und Krankenkasse. Die Vorschriften der Verordnung über Aerzte, Krankenkassen und Krankenhilfe bei diesen gelten nach einem Bescheid des Reichsar-

Wann gehe ich ins Hallische Stadttheater?

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonnabd.	Sonntag
			Symphonie-Konzert	Parsival (Festvorstellung)	Kolportage	Meistersinger (Theater-Verein)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240627-17/fragment/page=0002

heitsministers nicht für die Zahnärzte, soweit sie die Beziehungen der Aerzte zu den Krankenkassen der Reichsversicherungsordnung regeln. Dies folge schon daraus, daß in den Vorschriften immer nur von Aerzten gesprochen wird. Der Sprachgebrauch der Reichsversicherungsordnung unterscheide aber zwischen Aerzten und Zahnärzten. Hätte der Gesetzgeber auch die Zahnärzte denselben Bestimmungen unterstellen wollen, so wäre ihre vorherige Anhörung unerläßlich gewesen. Auch bei der Zusammensetzung des Reichsausschusses hätten sie berücksichtigt werden müssen. Beides läßt deutlich erkennen, daß der Gesetzgeber eine Ausdehnung des Geltungsbereiches auf die Zahnärzte nicht wollte.

Journalisten, Studenten, Kranke und Bedürftige gebührenfrei. In einer Verfügung des Ministers des Innern wird im Einverständnis mit dem Finanzminister ein Nachtrag zur staatlichen Verwaltungsgebührenordnung gegeben, demzufolge die in der Verfügung vom 25. April d. Jrs. mitgeteilten Sätze für Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer von 6 bis 200 Mark abgeändert und bedeutend herabgesetzt werden. Demnach sind künftig zu entrichten für Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer (soweit solche nicht schon durch vorhandene gültige Sichtvermerke als erteilt gelten), auf die Dauer bis zu einem Jahr 5 Goldmark, bis zu zwei Jahren 10 Goldmark, bis zu drei Jahren 15 Goldmark, auf unbeschränkte Dauer einschließlich der besonderen Bescheinigungen gemäß Ziffer 2 und 3 des Ausweisungserlasses vom 24. August 1923 20 Goldmark. Für Zureisegenehmigungen gelten diese Sätze entsprechend. Aus sachlichen und persönlichen Billigkeitsgründen kann von der Gebührenerhebung ganz oder zum Teil abgesehen werden.

•

Rundfunkprogramm.

Freitag, den 27. Juni.

Leipziger Meßamts-Sender.

Welle 452 Meter.

1 Uhr: Börsen- und Pressebericht, 4,30—6 Uhr: Konzert der Hauskapelle, 8/15 Uhr: Musikalisch-literarischer Abend veranstaltet von Kurt Arnold Findeisen, Dresden: 1. Die Entstehung der deutschen Tänze. — 2. Musikalische Balladen und Grotesken. — 3. Die Aufforderung zum Tanz. — Die vorkommenden Musikdarbietungen werden ausgeführt von der Rundfunk-Hauskapelle: Fritz Heinig (1. Violine), Oskar Hallauer (2. Violine), Boris Dobrosmiskoff (Cello) Alex Nemeti (Klavier). — Anschließend (etwa 9,30 Uhr) Pressebericht.

Aus Kreis, Provinz und Ausland.

Ammendorf, 24. Juni. (Die Gemeindevertreter) sind vor die Notwendigkeit gestellt, die für ungültig erklärte Schöffenwahl am 26. Juni noch einmal vorzunehmen. Ihre Sitzungen sollen während des Sommers erst abends 7 Uhr beginnen. Die letzte Sitzung fand im Saale des „Goldenen Adlers" statt, um mehreren hundert Erwerbslosen das Beiwohnen zu ermöglichen. Diese hatten einen Antrag um Erhöhung ihrer Unterstützung eingebracht. In Anbetracht der schlechten Kassenverhältnisse schlug die Finanzkommission eine vorläufige Summe von 2000 Mark vor. Der Sprecher der Kommunisten beantragte hierauf, die Anhörung eines Minderjährigen, der als „Sachverständiger des Hungers" sprechen sollte.. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, erhob sich unter den Zuhörern ein tosender Lärm, so daß sich der Verhandlungsleiter genötigt sah, den größten Schreier auszuweisen. Zwar wurde nun die Unterstützungssumme auf 2800 Mark erhöht, aber die Menge war einmal gekommen, um Obstruktion zu betreiben, und so wurde der Dank für die vorläufige Bewilligung abgestattet durch erneutes Indianergeheul, aus dem heraus man Rufe wie „Pfui Teufel!" und „Arbeiterverräter!" hörte. Der Gemeindevorsteher hielt es für angebracht, seinen Antrag auf Eingruppierung nach der 12. Besoldungsstufe zurückzuziehen. Beschlossen wurde noch die Erhöhung der Marktstandsgelder und der Löhne für Gemeindearbeiter. Für Einwohner des Gutsbezirks Beesen sollen die Grabstellen für Erwachsene 30 Mark, für Kinder (bis zu 15 Jahren) 20 Mark und für Urnenbestattung ebenfalls 20 Mark betragen.. Den Hausbesitzern des eingemeindeten Radewell wird empfohlen, bis zum 1.. Oktober 1926 den Anschluß ans Gemeindekanalnetz zu bewirken. Schließlich wurden noch 15 Wohlfahrtspfleger und 4 Mitglieder zum Gewerbesteuerausschuß gewählt.

Halle, 26. Juni. (Der Gesamtvorstand des Landbund, Provinz Sachsen), aus Führern der ganzen Provinz bestehend, verlangte in einer im Stadtschützenhaus abgehaltenen Sitzung vorneiten der Regierungen umfassende **Hilfsmaßnahmen für die bedrohte Landwirtschaft.** Das jetzige Steuersystem ruiniere die Landwirtschaft. Er protestierte gegen die verschiedenen steuerlichen Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft, gegen die Ausdehnung der Hauszinssteuer auf die landwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude und verlangte schnellste Aufhebung der zweiten preußischen Steuernotverordnung. Zum Ausgleich der unsatzsteuerlichen Mehrbelastung der heimischen Erzeugung wird die Belegung aller aus dem Ausland eingeführten Waren mit entsprechenden Ausgleichszuschlägen gefordert.

Aschersleben, 26. Juni. (Vertrauenskundgebung für den Oberbürgermeister.) Der Bürgerverein hielt eine Versammlung ab, um vor allem Stellung zu nehmen zu der Nichtwiederwahl des Oberbürgermeisters Dr. Bunde durch das Stadtverordnetenkollegium. Von verschiedenen Seiten wurde eine Vertrauenserklärung für Dr. Bunde gefordert. Der Antrag — der Bürgerverein wolle Dr. Bunde ersuchen, sich wieder zur Wahl zu stellen — wurde einstimmig angenommen.

Duedisburg, 26. Juni. (Wilder Kampf in den Baracken.) Am Dittorter Wege kam es unter den Bewohnern der Baracken zu einer schweren Schlägerei. Mit Kartoffelhacken ging man aufeinander los und auch Salzsäure wurde als Kampfmittel verwendet. Einer Frau wurde ein Arm zerschlagen und ein Mann durch Salzsäure so zugerichtet, daß er das Augenlicht verlieren mußte./

Barbis (Südharz), 26. Juni. (Der Faustbandschuh der Kommunisten.) Das Vergehen der kommunistischen Stadträter in Hannover findet Nachahmung. In Barbis fand dieser Tage die Verpflichtung der neuen Gemeindevertreter statt. Drei leisteten den erforderlichen Handschlag, indem sie dem Vorsteher die Hand, bekleidet mit dicken Faustbandschuhen, darreichten. Nette Leute.

Meißen, 26. Juni. (Autounglück.) Ein schweres Unglück ereignete sich Sonnabend abend auf der Straße zwischen Bahnhof Böhla und Großdobritz. Ein Berliner Personenkraftwagen überfuhr beim Ueberholen zwei Frauen, von denen die eine, die Wirtschaftsbesitzerstochter Flora Gelbhaar aus Großdobritz, sofort tot war, während ihre Begleiterin, eine junge Frau aus Naundorf bei Köhschenbroda, schwer verletzt dem Krankenhause in Meißen zugeführt werden mußte. Ein von den Frauen gefahrener Kinderwagen wurde demoliert, das darin befindliche Kind blieb aber unverletzt.

Altenburg, 26. Juni. (Onkel Sam läßt brüderlich teilen.) In der Stadtratssitzung wurde mitgeteilt, daß von den 80 000 Dollar, die die aus Altenburg stammende, in Amerika verstorbene Frau Marx der Stadt vermacht hatte, 10 000 Dollar ausgezahlt und bei der Stadtkämmerei eingegangen sind. Nach Abzug der Kosten und Steuern verbleiben 9000 Dollar, deren Zinsen gemäß Bestimmung der Erblasserin für Arme und Kranke zu verwenden sind. Auf Auszahlung der 70 000 Dollar, die an der ganzen Erbschaft fehlen, besteht keine Hoffnung. Die schluckt nach einem Gesetz, das für solche Fälle gemacht worden ist, Onkel Sam.

Herzberg, 27. Juni. (Ein 17pfündiger Fisch.) Fischermeister Kaiser hatte das Glück, in der Elster einen Wels im Gewicht von 17 Pfund zu fangen.

Kassel, 26. Juni. (Meineidsklage gegen einen Stadtrat.). Vor dem Schwurgericht des Kasseler Landgerichtes wird am Freitag der Aufsehen erregende Prozeß gegen das Mitglied des preußischen Staatsrats, den sozialdemokratischen Stadtrat Christian Wittrock, beginnen. In einer Zeitung war im Oktober v. Jrs. gegen Wittrock der Vorwurf der Wohnungsschiebung erhoben worden. Auf Antrag von W., der sich beleidigt fühlte, wurde öffentliche Anklage erhoben, und W. schloß sich dem Verfahren als Nebenkläger an. Die Angeklagten erboten sich zum Wahrheitsbeweis und behaupteten, Wittrock habe sogar seine eigene Wohnung unter Mißbrauch seiner Amtsstellung erlangt. Es wurden nunmehr die Akten des Wohnungsamtes herbeigeholt, und in ihnen wurde ein Schriftstück vorgefunden, in dem gerade der Wohnungstausch des Nebenklägers als angemessen empfohlen worden war. Wittrock wurde gefragt, ob er wisse, wie dieses Schriftstück zustandegekommen sei. Er verneinte es. Nach der Verhandlung stellte die Staatsanwaltschaft Ermittlungen an, die zur Vernehmung einer früher auf dem Wohnungsamt angestellten Stenotypistin führte. Diese erklärte, daß Wittrock ihr das Schreiben diktiert habe. Hierin und in einigen von Angaben Wittrocks wird der Meineid erblickt. Wittrock bestritt den Standpunkt, daß er die Tatsache nicht in Abrede stellt, sich bei seiner Vernehmung jedoch nicht des Vorganges habe erinnern können.

Berlin, 27. Juni. (Wirklicher Geheimer Rat Prof. Dr. v. d. Leyen), früher Referent in der Eisenbahnabteilung des Preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. z. Z. Schriftleiter des im Reichsverkehrsministerium herausgegebenen Archivs für Eisenbahnwesen, vollendet am 28. Juni d. J. in voller körperlicher und geistiger Frische in Berlin-Wilmersdorf sein 80. Lebensjahr.

Exzellenz v. d. Leyen ist eine äußerst vielseitige Persönlichkeit. Nicht nur als Beamter, sondern auch als Schriftsteller und Gelehrter hat er sich außerordentliche Verdienste um die Allgemeinheit erworben. Besonders verdient gemacht hat er sich unter dem Staatsminister Maybach gegenüber der Verstaatlichung der Preußischen Eisenbahnen, wie vor allem weiterhin bei der Ausgestaltung des internationalen Frachtrechtes. Der gesamten Fachwelt ist er bekannt als Herausgeber des Archivs für Eisenbahnwesen und der jetzt eingegangenen Zeitschrift für Kleinbahnen. Durch seine Mitarbeit an der Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen, an der Zeitschrift für Handelsrecht, an der Juristischen Wochenschrift, an den Preußischen Jahrbüchern, an Schmollers Jahrbüchern, an Rölls Enzyklopädie, Conrads, Bitters und Stengels Handwörterbüchern, an der Zeitschrift für den internationalen Eisenbahntransport und an ausländischen Zeitungen hat er sich einen glänzenden Ruf als Eisenbahnfachkenner weit über die Grenzen des deutschen Vaterlandes hinaus erworben.

Möchte es Exzellenz von der Leyen beschieden sein, noch lange Jahre in der vom Alter unberührten Kraft weiter zu schaffen und sich eines ungetrübten Lebensabends zu erfreuen.

Letzte Depeschen

Vorverhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag.

Berlin, 27. Juni. Die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich hat sich nach Prag begeben, um mit der dort weilenden österreichischen Delegation eine Reihe von Fragen dieses Vertrages zu erörtern. Voraussichtlich wird in Prag auch mit der tschechoslowakischen Regierung über einige wirtschaftliche Spezialfragen verhandelt werden.

Rücktritt der norwegischen Regierung im Juli.

Christiania, 27. Juni. „Tidnstegn" und „Aftenposten" glauben, daß die norwegische Regierung im Juli zurücktritt, da in der Antialkoholfrage die Bauernpartei des Storthing der Regierung schroff gegenübersteht.

Rücktritt der beiden Privatsekretäre Mussolinis.

Rom, 27. Juni. Wie die römischen Blätter melden, haben auch die beiden Privatsekretäre Mussolinis, Chiavolini und Fasciolo, ihre Demission eingereicht, weil sie zu den Personen zählen, die vom „Corriere d'Italia" Sonderhonorare empfingen.

Zum amerikanisch-japanischen Konflikt.

Washington, 27. Juni. (Drahtlos.) Das Staatsdepartement teilt mit: Der japanische Zolldirektor hat dem amerikanischen Konsul in Yokohama aus Anlaß der angeblich unhöflichen Behandlung amerikanischer Bürger durch japanische Zollbeamte den Ausdruck seines Bedauerns ausgesprochen und die Entlassung der verantwortlichen Beamten in Aussicht gestellt.

•

Die amtlichen Produktenpreise vom 26. Juni.

Berlin, 27. Juni. (Drahtlos.) Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Oelsaaten per 1000 Kg., sonst per 100 Goldmark): Weizen märk. 136—141, Weizen mittld. 140—144. Roggen märk. 120—129, Braugerste märk. 138—146, Futtergerste 127—135, Hafer märk. 121—131 Weizenmehl 20.50—23.25, Roggenmehl 18—20.75, Weizenkleie 8, Roggenkleie 8, Raps 220, Leinsaat 260—280, Viktoriaerbsen 19—20, kleine Speiseerbsen 13—15, Futtererbsen 12—13, Peluschken 10—11, Ackerbohnen 13—14, Wicken 11—12, Lupinen blaue 9—10, Lupinen gelbe 13—14, Rapskuchen 8.60—8.70, Leinkuchen 17—18 Trockenschnitzel 6—6.20, Kartoffelflocken 50.

•

Devisen-Kurse.

Berlin, (Drahtlos.) Amtlich wurden notiert:

Newyork (1 Dollar). 4,19—4,21.
Amsterdam (100 Fl.) 157,70—158,50.
Brüssel (100 Frcs.) 19,35—19,45.
Paris (100 Frcs.) 22,24—22,36.
London (1 Lstr.) 18,155—18,245.
Schweiz (100 Frcs.) 74,16—74,54.
Stockholm (100 Kr.) 111,12—111,68.
Kopenhagen (100 Kr.) 69,63—69,97.
Rom (100 Lire) 18,15—18,25.
Prag (100 Kr.) 12,37—12,43.
Wien (100 000 Kr.) 5,92—5,94.

Alles in Billionen Mark.

Berlin, 26. Juni. (Arbeiterkundgebung am Grabe des Alten Fritzen.) In Berlin findet zur Zeit eine vaterländische Arbeiterführer-Woche mit volkswirtschaftlicher Lehrgang statt, veranstaltet vom Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine (im Nationalverband Deutscher Berufsverbände). Die Arbeiterführer legten am Grabe Friedrich des Großen einen Kranz nieder. Darauf fand in der Potsdamer Friedenskirche ein von Hunderten von Arbeitern aus Berlin und der Mark Brandenburg stark besuchter besonderer Gottesdienst statt. Hofprediger Dr. Vogel gab in seiner Predigt, die den Zusammenhang von Religion und Arbeit behandelte, seiner Freude darüber Ausdruck, daß zum ersten Male die Tagung einer wirtschaftlichen Arbeiterorganisation mit einem Gottesdienst beginne. Am Nachmittag fand im „Alten Fritz" in Potsdam eine große öffentliche vaterländische Arbeiterkundgebung mit zahlreichen vaterländischen Fahnen und Abordnungen vieler vaterländischer Verbände statt. M. d.. R. Geisler sprach über „Völkisch-soziale Erneuerung des deutschen Volkes" und über „Werksgemeinschaft". In der sich anschließenden Vertreterversammlung des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Reichsbundes vaterländischer Arbeitervereine berichteten die Arbeiterführer Wiedemann, M. d. L., und Wilh. Schmidt über wirtschaftliche und organisatorische Tagesfragen im Einzelnen.

Berlin, 26. Juni. (Die Tote von Karlshorst..) Zu dem Leichenfund bei Karlshorst wird jetzt bekannt, daß es der Berliner Mordkommission gelungen ist, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Sie ist eine am 16. Juli 1893 in Berlin geborene Buchhalterin Anna Lachmund, die bei ihrer Mutter am Maybachufer 11 zu Neukölln wohnte. Fräulein Lachmund war nervenleidend und sollte auf ärztlichen Rat jetzt zu ihrer Erholung nach Hain im Riesengebirge fahren. Die Schußwaffe ist trotz allen Suchens noch nicht gefunden, ebensowenig die Handtasche. Trotzdem scheint ein Selbstmord vorzuliegen. Nach Ansicht des Professors Dr. Brüning und der Kriminalpolizei ist es sehr wohl möglich, daß das Mädchen mit seiner Verletzung noch einige hundert Meter, vielleicht auch einen Kilometer, hat gehen können und dann erst zusammengebrochen ist. Auch die ganze Lage der Leiche deutet darauf hin. Die weitere Umgebung des Fundorts wird nach der Waffe und der Handtasche noch abgesucht. Wenn nun aber auch ein Selbstmord wahrscheinlich ist, so rechnet die Mordkommission doch immer auch noch mit der Möglichkeit eines Verbrechens.. Auch nach dieser Richtung setzt sie die Ermittelungen fort.

Berlin, 26 Juni. (Der steuerscheue Balletunternehmer.) Ein grober Fall von Steuerhinterziehung unterlag dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Aburteilung. Angeklagt waren der bisherige Leiter des Celly de Rheidt-Ballets, Oberleutnant a. D. Seweloh, der jetzt mit seiner Ehefrau, der Tänzerin Celly de Rheidt, in Scheidung lebt, und ein gleichnamiges Konkurrenzunternehmen veranstaltet. Seweloh wird beschuldigt, seit Jahren seinen Steuerverpflichtungen aus dem Wege gegangen zu sein. Die Steuerbehörde sah sich infolgedessen zu einer Einschätzung gezwungen, aber auch dann hat der Angeklagte nichts gezahlt und es mußten mehrfach Vollstreckungsverfahren unternommen werden, die aber ergebnislos blieben. Der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner vertrat die Ansicht, daß das Celly de Rheidt-Ballet von 1919 ab große Reingewinne gehabt habe, denn das Ehepaar Seweloh habe auf größtem Fuße gelebt, immer in den ersten Hotels gewohnt und großen Luxus getrieben und beantragte gegen Seweloh eine Strafe von 18 200 Goldmark. Ein Vertreter des Finanzamtes bezeichnete den Fall als einen der krassesten Fälle der Steuerhinterziehung. Seweloh bestritt, daß er ein hohes Einkommen gehabt und einen besonderen Aufwand getrieben habe. Der Luxus falle zu Lasten seiner Ehefrau, von der er sich jetzt auch deshalb getrennt habe. Das Schöffengericht kam zu der Ansicht, daß der Angeklagte absichtlich und zu seinem Vorteile gehandelt habe. Seweloh wurde wegen Steuerhinterziehung in neun Fällen zu einer Gesamtstrafe von 5400 Goldmark bezw. für je 100 Mark zu einem Tage Gefängnis bei nicht Beitreibung der Strafe verurteilt

Köln, 25. Juni. Der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens) hielt in den Tagen vom 20. bis 22. Juni hier seinen 24. ordentlichen Verbandstag, der von allen Teilen des Landes außerordentlich stark besucht war, und zu dem sich auch Vertreter des Reichs- und der preußischen Staatsregierung, ferner des deutschen Beamtenbundes, des preußischen Beamtenbundes, des preußischen Städtetags und anderer verwandter Verbände eingefunden hatten. Nach dem Geschäftsbericht umfaßt der preußische Kommunalbeamtenverband zurzeit 90 000 Mitglieder. Auf der Tagung wurde u. a. beschlossen, die Zahl der Erholungsheime des Verbandes zu vergrößern und für die Gewährung von Kurbeihilfen erhebliche Mittel bereitzustellen. Neben weiteren internen Fragen des Verbandes galten die Verhandlungen insbesondere der Personalabbauverordnung, deren schnellste Beseitigung gefordert wurde, dem Beamtenrätegesetz, der Beamtenbesoldung und dem Besoldungssperrgesetz. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die zum 1. Juli getroffene Besoldungsregelung als besonders für die unteren Besoldungsgruppen absolut unzulänglich verurteilt und eine sofortige Erhöhung der Gehälter dringend verlangt. In der Entschließung wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Reichstag eine sofortige Revision der Besoldungsregelung vornimmt. Eine zweite ebenfalls einstimmig angenommene Entschließung wendet sich entschieden gegen die Beibehaltung des Besoldungssperrgesetzes und beruft sich dabei u. a. auf die Haltung des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates in dieser Angelegenheit. Es soll mit aller Kraft die Aufhebung des Sperrgesetzes gemeinsam mit dem Reichsbund betrieben werden.

Eine weitere Entschließung fordert schließlich die schleunige Schaffung eines Beamtengesetzes und erwartet vom Reichstag, daß er unverzüglich dazu die Initiative ergreife. Der Verbandstag betont, daß er den vom Deutschen Beamtenbund vorgelegten Entwurf für die geeignete Grundlage zu dem Beamtengesetz ansieht. Die Entschließung verlangt ferner die Neuregelung des Kommunalbeamtenrechtes, durch das die rechtliche Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Reichs- und Staatsbeamten geschaffen werden würde.

Wien, 25. Juni. (Bestürzung in Wien über den Zusammenbruch der Depositenbank.) Der Zusammenbruch der Depositenbank ruft in allen Kreisen das größte Aufsehen hervor. Die im Umlauf befindlichen Gerüchte, wonach von einer Schließung der Wiener Börse gesprochen wurde, sind, wie unserem Wiener Vertreter seitens der Börsenkammer mitgeteilt wurde, unbedingt falsch. Was die Depositenbank selbst anbelangt, so wartet die Bankleitung auf die Entscheidung des Handelsgerichts über den Antrag auf Geschäftsaufsicht. Die Situation ist vorläufig noch nicht geklärt, weil nach der Ansicht des Finanzministeriums die Verhängung der Geschäftsaufsicht bei Banken nicht zulässig ist.

Prag, 25 Juni. (Eine radiotechnische Ausstellung.) Heute Vormittag wurde in Prag eine Radiotechnische Ausstellung eröffnet.

Verantwortliche Schriftleitung: Politik, Kunst und Wissenschaft: Kurt Hennemeyer, Lokales und Provinz etc.: K. Ludwig Andrich, Sport: A. Rank, Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240627-17/fragment/page=0003

AUSVERKAUF

bringt **beispiellose Preisherabsetzungen.** Beginn am Dienstag, den **1. Juli 1924.** Um auch dem ausgedehnten Kreis unserer auswärtigen Kunden Gelegenheit zu geben, unsere Sonderangebote prüfen und genügend benutzen zu können, veranstalten wir bereits einen

Vorverkauf am Sonnabend und Montag.

Halle a. S. Halle a. S.

BRUMMER & BENJAMIN GR. ULRICHSTR. RANNISCHER-PLATZ

Statt Karten.

In dankbarer Freude zeigen die Geburt ihres

Hermann Hans

hierdurch an

Ernst Schrader-Böllsche u. Frau

Merseburg, Gutenbergstraße 27.

Heute nacht entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Mathilde Matthaei

geb. Ramelow

im 81. Lebensjahre.

Oberinspektor Gärdes nebst Frau und Kinder.

Körbisdorf, den 27. Juni 1924.

Die Beerdigung findet in Neukölln statt.

MEUSCHAU

Sonntag, den 29. Juni 1924, von 3 Uhr nachm. ab

Ring-Reiten!

Anschließend im **Kaffeehause: Garten-Konzert**

im Saal: **Tänzchen.**

Abends von 7,30 Uhr ab: BALL

Dazu laden freundlichst ein

Der Wirt. **Die Jugend.**

Städtische Pflichtfeuerwehr.

Montag, den 30. Juni d. J.,

Uebung

sämtlicher Jahrgänge.

Entlassung des Jahrganges 1921/24 und Verpflichtung des Jahrganges 1924/27. Antreten abends 7 Uhr am Gerätehause, Hallesche Str. 19 b.

Der Brandirektor.

Reinen, gutschmeckenden

Bienenhonig

Pfund 1,25 Mk. gibt ab

H. Zunge,
Klein-Gräfendorf.

Gebrauchte Mandoline

zu kaufen gesucht. Off. mit Preis unter M. O. 23 an die Exped. d. Blattes.

Ein ehrlich. zuverlässiges

Dienstmädchen

zum 1. Juli gesucht bei gutem Lohn und Nebeneinnahme.

Neidels Hotel,
Freyburg a. U.

Sung! Sung!

Schuhwaren!

Billig! Nur Qualität!

Kinder-Rindleder-Schnürstiefel
23/24 **3.30**, 25/26 **4.00**, 27/30 **4.90**, 31/35 **5.90**, 36/39 **6.90** Mk.

Damen-Halbschuh von **6.25** Mk. an

Damen-, Herren- u. Kinderstiefel
in allen Qualitäten in braun, weiß, Lack, grau usw.

Hausschuh, Turnschuh, Sandalen
zu haben bei

Rich. Schmidt jr.,
Seitenbeutel 3/5.

ZIGARETTEN

Salem	29	Mk.	pro	Tausend
Pleo (Jasmatzi)	27	„	„	„
Da Capo (Extra)	27	„	„	„
Toska (Sulima)	27	„	„	„
Oberst (Wald. Ast)	29	„	„	„
Odeon (Eckstein)	49	„	„	„
Gouverneur (Sulima)	38	„	„	„
Ballett (Eckstein)	38	„	„	„
Ballett (Extra Eckstein), dopp. Format	75	„	„	„

usw.

Händler, Gastwirte und Kantinen haben Gelegenheit, sich billig einzudecken.

M. Glaser, Leipzig,

Katharinenstraße 17. — Telefon 23918.

Postversand gegen Nachnahme.

Ein 82jähriger Arzt,

der bis ins hohe Alter seine Praxis ausübte, Geh. San.-Rat Dr. G. in F., schreibt: (H. XX/1)

„Das **„Köstritzer"** ist in der Tat ein vorzügliches malzreiches Bier, das ich seit 30 Jahren als Haustrunk führe und dem die anderen Malzbiere, die ich in dieser Zeit versucht habe, nicht gleichkommen. 2 Flaschen täglich sind so mein gewöhnlicher Satz, dem ich zum Teil wenigstens meinen für mein Alter leidlichen Kräftezustand zu verdanken glaube." 1 Fl **30** Pfg.

Aufträge erbitten: **Carl Schmidt**, Biergroßhandlung, Unter-Altenburg 10, Fernspr. 369; **Bernhard Oelzschner**, Biergroßhandlung, Obere Burgstraße 9, Fernspr. 374.

Zu haben in allen Flaschenbierhandlungen.

Hohe Miete

zahlen wir für **2 leere oder möblierte Zimmer**, parterre oder 1. Etage, in guter Lage. Evtl. auch Laden erwünscht. Möglichst sofort.

Zweck: Einrichtung von Filiale einer Textilwarenhandlung. Eilofferten unter **„Textilgroßhandlung"** an die Exped. d. Bl.

Glänzende Existenz und lohnende monatliche Einnahmen

bieten zwei Reklame-Neuheiten (D. R. G. M.) die wir gegen Lizenz abgeben. Ernstliche Reflektanten wollen ihre Adresse unter **„Reklame"** an Ala, Haasenstein u. Vogler, **Zittau**, senden.

Welche im Sommer **verreisende Familie** überläßt jungem Ehepaar, Regierungsbaumeister,

Wohnung

ab 20. 7. für etwa sechs Wochen? Angebote erb. unt. 258/24 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer

sofort gesucht. Offert. unter **I. O. 432 a** d. Exp. d. Bl.

Kleiner schwarzer **Spitz entlaufen.**

Gegen Belohnung abzugeben bei

Schlienz, Hälterstr. 34.

Möbl. Zimmer

für sofort gesucht. Ang. unt. **M. 50** a. d. Exp. d. Bl. erbeten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240627-17/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 149 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 27. Juni 1924.

Kommunale Finanzpolitik.

Nach den bisher vorliegenden Goldetats der Gemeinden muß man leider annehmen, daß deren Ausgaben zum Teil erheblich über denen der Vorkriegszeit liegen. Vielfach handelt es sich um ein Mehr von 50—100%, während es eigentlich notwendig wäre, die Ausgaben der Gemeinden nicht nur auf den Friedensstand zurückzuführen, sondern sie darüber hinaus noch zu vermindern. Es genügt nicht, daß das Reich durch starken Abbau seiner Ausgaben die Bilanzierung des Reichsetats und die Stabilisierung der Währung garantiert, wenn nicht in gleichem Maße Land und Gemeinden durch Abbau- und Sparmaßnahmen übermäßig hohe Steuerlasten vermeiden. Der Reichsfinanzminister hat selbst zugegeben, daß für längere Zeit die augenblickliche Belastung durch Reichssteuern sich nicht halten läßt. Seine Bemühungen um die Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse wurden unterwühlt, wenn auf der anderen Seite Staat und Gemeinden mit steuerlichen Ansprüchen kommen würden, die über das erträgliche Maß hinausgehen. Einige Kommunalverwaltungen sind in klarer Erkenntnis der Schlage mit gutem Beispiel vorangegangen. Was in Einzelfällen möglich ist, muß auch allgemein durchgeführt werden können.

Nach dem vorliegenden Material sind in großem Durchschnitt die Ausgaben 40—60% höher als vor dem Kriege; teilweise sind sie noch höher, besonders bei den Gemeinden, die Streiks durch Unterstützungen finanziert haben, in der Hoffnung, die aufgewandten Beträge in Gestalt von Gewerbesteuern wieder aus der Wirtschaft herausholen zu können. In verschiedenen Fällen zeigt der Etat noch immer eine Vermehrung des Beamtenapparates um 100—150% gegenüber der Friedenszeit. Interessant sind die Zusammenstellungen über die Einstufung der Beamten in die Besoldungsgruppen, die zeigen, daß höhere Einstufungen um 2—3 Gruppen gegenüber 1914 keine Seltenheit sind. Es soll damit nicht gesagt sein, daß die Ersparnis an Ausgaben nur in der Weise versucht werden soll, daß man die Beamtengehälter vermindert, in der Hauptsache ist vielmehr eine Ersparnis so zu suchen, daß die Gemeinden sich von solchen Aufgaben fernhalten, die nicht zu ihrem engsten Aufgabenkreis gehören. Durch Reorganisierung in der Verwertung und Zusammenlegung von Abteilungen und Referaten können erhebliche Ersparnisse an persönellen und sachlichen Ausgaben erzielt werden; vor allem können Reformen bei der Betriebsverwaltung erheblich zur Entlastung der Ausgaben beitragen. Unter allen Umständen muß aber der alte Grundsatz „keine Ausgaben ohne Deckung" wieder zur Geltung kommen. Vor allem wird man nicht übersehen dürfen, daß die Gemeinden heute in dem Maße wie im Frieden keine Möglichkeit haben, größere Anleihen aufzunehmen. Es würde aber falsch sein, größere Investitionen durch neue Steuereinnahmen zu decken, anstatt durch eine gesunde Finanzpolitik darauf zu arbeiten, daß in absehbarer Zeit die wirtschaftliche Entwicklung die Möglichkeit dazu bietet, Investitionen durch Anleihen zu finanzieren.

Es muß zugegeben werden, daß schwieriger als die Festsetzung der Ausgabenseite in den Gemeindeetat die richtige Berechnung der zu erwartenden Einnahmen ist. Es muß erwartet werden, daß die Preußische Staatsregierung alle nur möglichen Schritte tut, um den Gemeinden klare Angaben an Hand zu geben, mit welchen Erträgnissen aus Reichs- und Staatssteueranteilen sie rechnen können. Wie erheblich diese Beträge für eine Gemeinde sein können, zeigt ein Beispiel einer Industriegroßstadt, nach dem die zu erwartenden Anteile an Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer auf ungefähr das Doppelte der Erträgnisse der Einkommen-, Gewerbe- und Betriebssteuer des Jahres 1913 geschätzt wird. Da die durch die Realsteuern (insbesonders die Gewerbesteuer) zu deckenden Fehlbeträge in erster Linie bestimmt werden durch die Höhe der Beteiligung an anderen Steuern, ist die richtige Berechnung der Höhe dieser Anteile von ausschlaggebender Bedeutung für die kommende Belastung durch die Gewerbesteuer.

Ist Preisabbau durch Goldverknappung zu erreichen?

Die Politik der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung geht darauf aus, durch Geld- und Kreditverknappung die Unternehmungen zu veranlassen, Warenbestände abzustoßen, auch wenn sie die Gestehungskosten nicht erbringen. „Damit wir wieder konkurrenzfähig werden können", sollen die Warenvorräte das fehlende Betriebskapital ersetzen. Der Reichsbankpräsident hat neulich ganz energisch den Standpunkt vertreten, daß der deutschen Wirtschaft nicht durch Kredite ermöglicht werden dürfte, große Warenläger, deren Einstandspreis nicht zu erzielen sei, durchzuhalten. Hiervon, so meinte er, würde der Preisabbau seinen Ausgang nehmen und diese herabgesetzten Preise würden dann auch wieder Ausfuhr deutscher Waren gestatten, um unsere Handelsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Gleichzeitig sollte dieser Export Deckung für die durch die Goldnotenbank in die deutsche Wirtschaft fließenden Kredite sein.

Ein verhängnisvoller Irrtum liegt dieser Regierungspolitik zu Grunde, denn Verlustgeschäfte können niemals Anregung zur Verbilligung sein, sondern werden im Gegenteil Verteuerungsmomente. Denn ihrer Natur entsprechend muß die Wirtschaft, wenn sie gesund und leistungsfähig bleiben soll, auf jeden Fall eine Deckung für Verluste heranzuschaffen suchen. Schon einmal hatte sich Deutschland in der Inflationszeit leer verkauft und mußte diesen Schaden dadurch büßen, daß es höhere Preise für die Rohstoffe anlegen mußte, die es zur Neuproduktion notwendig hatte, als die fertigen Warenposten erbracht hatten. Denn die gleiche Tendenz verfolgte die verfehlte Devisengesetzgebung und die künstliche Beschränkung der Beschaffung von Rohmaterial im Juni 1923, als der Aufruf der Reichsregierung an die Wirtschaft erging, mit Rohstoffeinkäufen zurückzuhalten, weil sonst die Währung nicht zu halten wäre. Die Währung ist nicht gehalten, und die Unternehmungen, die sich, wenn sie sich sofort eingedeckt hätten, mit erheblichem Material hätten versorgen können, standen ohnmächtig einer Dollarsteigerung gegenüber, konnten sich kein Material mehr beschaffen und infolge der Verringerung der Produktion sank unsere Währung im Herbst vergangenen Jahres um täglich bis 50 ja bis 100 Prozent. Das war der Erfolg.

Ist ein anderer „Erfolg" möglich, wenn heute die noch vorhandenen Warenlager zu Schleuderpreisen geräumt werden? Ganz abgesehen davon, daß auch selbst bei der Bereitschaft, große Verluste auf sich zu nehmen, die Warenlager unverkäuflich sind, weil gerade infolge der Geldknappheit niemand über die Mittel verfügt, sie aufzunehmen, und die Schaffung neuer Forderungen in Wechseln nicht die Betriebsmittelknappheit vermindert, stellt ein Verkauf unter dem Produktionspreis einen realen Verlust der Wirtschaft dar, der die Wirtschaftsdecke für das Gold noch weiter vermindert und daher unbedingt eine schwere Erschütterung der Währung zur Folge haben muß. Denn die „Produktionsverbilligung" durch das Verschleudern der vorhandenen Warenvorräte ist nur eine gefährliche Selbsttäuschung, weil nirgends von außen her die Wirtschaft wieder aufgefüllt wird und nur ihr eigenes Kapital, das heute Wucherzinsen aus unserer Wirtschaft erpreßt, die Warenposten ausgeliefert werden, also eine neue Vermögensumschichtung, mit der wir bisher stets schlechte Erfahrungen gemacht haben, weil nämlich die neuen Erwerber der Anteile vom Volksvermögen, die den sachverständigen Verwaltern entzogen werden, sie nicht mit der gleichen Sorgfalt fruchtbar zu machen verstehen wie die ursprünglichen Besitzer. Rohstoffe für die Produktion müssen wir dagegen, da namentlich durch den Versailler Vertrag uns ein großer Teil der eigenen Rohstoffvorräte und Bezugsgebiete genommen sind, zu Weltmarktpreisen aus dem Auslande einführen, und woher soll unsere Wirtschaft die Mittel dazu erhalten, wenn sie das Fertigfabrikat zu den heutigen ungünstigen Bedingungen verschleudert. Es kommt also weiter nichts anderes heraus als daß wir zu den Krisen, die wir ohnehin haben, noch die Arbeitslosenkrise bekommen, und dieser können auch die in Aussicht stehenden Auslandskredite nicht abhelfen, zumal neue Verschuldung ja immer nur bedeutet, daß die deutsche Wirtschaft zu den Verpflichtungen, die sie nicht tragen kann, für neue Verbindlichkeiten Verzinsung und Tilgung aufbringen muß. Daraus resultiert also auf jeden Fall eine Produktionsverteuerung, weil ja zu den bisherigen Gestehungskosten dann noch die Schuldzzinsen hinzu treten.

Liegt aber die Betriebsmittelknappheit wirklich darin, daß unsere Geschäfte nicht verkaufen wollen? Wer sich in der Wirtschaft auch nur einigermaßen umsieht, bemerkt überall, daß selbst der wertvollste Besitz geradezu verschleudert wird, um ein ganzes Minimum von Geld in die Hand zu bekommen. Seit Monaten wird verkauft und gekauft ohne Rücksicht darauf, ob der Preis gehalten ist, und die Reichsregierung, die den Rat gibt, zu verkaufen, sollte doch einmal die Mühe versuchen, Käufer ausfindig zu machen, die anders als gegen unsichere Wechsel Zahlung leisten können. Um die Betriebe aufrecht zu erhalten, sind Effekten verpfändet, die bei Fälligkeit Nachschuß erforderten, obwohl sie höchstens zur Hälfte beliehen waren, neue Hypotheken sind aufgenommen worden, die beinahe schon heute nicht mehr der Verkaufswert der Sicherheiten deckt, Warenposten sind lombardiert, die ohnehin schon in andere Hände übergehen, weil das Unterpfand wie jeder Sachbesitz sich inzwischen um einen erheblichen Prozentsatz vermindert hat. Der Zwang zum Verkauf ist also nicht einmal nötig gewesen, um die Enteignung der rechtmäßigen Besitzer in die Wege zu leiten. An dem Stillstand des Warenumlaufes aber trägt allein die Verknappungspolitik der Regierung schuld, aus der die Gefährdung der Rentenmark heraufbeschworen wurde. Die ganze deutsche Wirtschaft ist schon um einen Spottpreis verkäuflich. Die verantwortlichen Instanzen brauchen nur den Käufer zu suchen, dann ist alles, was noch deutsch geblieben ist, nicht mehr deutsch.

Filmrausch.

Roman von Reinhold Ortmann.

8] Nachdruck verboten.

In der Villa Reinhardt war eine Tafel für zwölf Gäste gedeckt, und da die Verwandtschaft natürlich den Vorrang hatte, kam Oswald Hollbach heut an ihr unterstes Ende zu sitzen. Der Professor hatte ihm bei seiner Ankunft noch einmal sehr lebhaft für die vortrefflichen Anordnungen bei der Beerdigungsfeier gedankt, und er hatte Gelegenheit gehabt, den Sohn des Hauses zu begrüßen. Sie kannten einander kaum und wußten nichts als ein paar belanglose Worte über den Verstorbenen zu reden. Fräulein Ilse war von den auswärtigen Verwandten derart in Anspruch genommen, daß sie ihm nur flüchtig hatte die Hand reichen können, und auch während des Essens, bei dem es sehr still und unfestlich zuging, schweifte ihr Blick nur selten zu ihm hinunter. Hollbach aber beobachtete sie desto aufmerksamer, und er fand, daß sie in dem schwarzen Kleide ganz besonders hübsch aussah. Unwillkürlich verglich er ihren feinen dunklen Kopf mit denen der anderen jungen Damen seiner Bekanntschaft. Er dachte an Eva Barlow und an Lia Stona. Und er kam sehr rasch zu dem Schluß, daß weder Evas Puppenhaftigkeit noch die exotische Schönheit der Filmdiva einen Vergleich mit Ilse Reinhardts Lieblichkeit aushalten könnten. „Ein Wunder, daß sie noch frei ist," dachte er. „Aber vielleicht hat sie ihr Herz bereits vergeben." Und es war eine sehr unbehagliche, fast stechende Empfindung, die er bei dieser Vorstellung verspürte. Alles in allem fühlte er sich bei diesem förmlich steifen Trauermahl etwas zurückgesetzt und faßte den Entschluß, sich nach seiner Aufhebung sobald als möglich zu empfehlen. Als die Herren sich in das Rauchzimmer zurückgezogen und die Damen unter einsilbigen Gesprächen im großen Salon Platz genommen hatten, suchte er nach einer Gelegenheit, sich unauffällig von dem Professor zu verabschieden. Da kam Ilse auf ihn zu.

„Verzeihen Sie, Herr Hollbach, wenn ich erst jetzt die Möglichkeit finde, Ihnen von ganzem Herzen zu danken. Sie haben so schön gesprochen, daß Ihre Worte noch immer in mir nachklingen. Es gibt also doch noch wahre Freundschaft — Freundschaft über das Grab hinaus. Ich wünschte, daß es auch mir beschieden wäre, eine so aufrichtige Freundin zu finden."

„Sie brauchten nur die Hand nach ihr auszustrecken; aber ich weiß freilich nicht, ob es sich da um gegenseitige Sympathien handelt."

„Denken Sie an Ihre Schwester? An Fräulein Hilde, die mir gestern die Freudue machte, mich zu besuchen?"

„Ja, ich dachte an sie. Sie ist mit übervollem Herzen heimgekehrt. Gleichsam im Fluge haben Sie für sich gewonnen."

„O wie mich das freut — ich kann es Ihnen garnicht sagen. Würde ich doch aus mir heraus schwerlich den Mut gefunden haben, Fräulein Hilde um ihre Freundschaft zu bitten. Sie ist mir in allem so weit überlegen. Man kann nicht anders als mit Bewunderung zu der Güte und Klarheit ihres Wesens emporsehen."

„Vielleicht ist es nicht schicklich, daß ich mich zum Lobredner meiner eigenen Schwester mache. Aber es ist in der Tat unmöglich, anders als mit Wärme von ihr zu sprechen. Wie sie der gute Geist und der Sonnenschein meines Elternhauses war, wird sie immer und überall der gute Geist ihrer Umgebung sein. Sie ist selbstlos bis zur Aufopferung, wahrhaftig und treu."

Er beglückwünschte sich innerlich, daß die schönen Worte ihm so leicht von den Lippen flossen; denn er sah, wie sie auf Ilse wirkten. Ihre Augen verrieten es ihm und der fast andächtige Ausdruck ihres Gesichts. Etwas von der Verehrung für seine Schwester, die er in ihr wachgerufen, übertrug sie in diesem Moment sicherlich auch auf ihn. Wer mit so innniger Begeisterung von einem andern sprechen konnte, war nach ihrer Jungmädchenlogik gewiß selbst ein vortrefflicher Mensch.

„Was Sie da sagen, entspricht ganz und gar dem Bilde das ich mir von Fräulein Hilde gemacht habe. Schon als ich sie bei der letzten Geburtstagsfeier des armen Alfred spielen hörte, war ich überzeugt, daß es eine edle Seele sei, die sich in diesen Tönen offenbarte."

„Hilde wäre heute gewiß eine gefeierte Künstlerin, wenn sie sich zu der Konzertkarriere hätte entschließen können. Professor Schmidt vom Konservatorium, dessen Meisterschülerin sie war, hat sich immer aufs neue bemüht, sie dazu zu bestimmen. Aber sie ist eine zu vornehme und feinfühlige Natur, um einer zusammengelaufenen Menge ihr Innerstes Heiligstes preiszugeben. So ist sie eine einfache Klavierlehrerin geworden."

„Ich bewundere sie nur umsomehr. Und wenn Sie wirklich glauben, daß ihr an der Freundschaft eines so unbedeutenden Mädchen etwas gelegen ist —"

„Sie sind ebensowenig unbedeutend, wie Hilde ist," versicherte er im Tone tiefster und ehrfurchtsvollster Ueberzeugung. „Ihre Naturen sind so nahe verwandt, daß ich der Meinung bin, sie würden sich unter allen Umständen eines Tages gefunden haben."

Ilse war auf eine allerliebste Weise errötet.

„Aber Sie kennen mich doch kaum, Herr Hollbach," sagte sie leise. „Und ich fürchte, daß Sie mich weit überschätzen."

Es war sehr ärgerlich, daß gerade in diesem Augenblick Wolfgang Reinhardt aus dem Rauchzimmer kommen mußte. Als er die beiden im Gespräch sah, trat er zu ihnen.

„Entschuldigen Sie, wenn ich störe, Herr Hollbach. Ich hätte gerne ein paar Worte mit Ihnen gesprochen."

„Und ich muß zu den Damen zurück," erklärte Ilse. „Sagen Sie, bitte, Ihrer Schwester mit meinen herzlichsten Grüßen, daß ich an einem der nächsten Tage ihren lieben Besuch erwidern werde. Alles andere sage ich ihr dann schon selbst."

Mit einem sehr freundlichen Blick neigte sie den Kopf und ging in den Salon. Wolfgang deutete auf einen Stuhl und ließ sich ebenfalls nieder.

„Wir sind uns, soweit ich mich erinnere, früher nur flüchtig begegnet; aber ich vermute, daß wir künftig in ziemlich nahe Berührung kommen werden. Darum ist es mir vielleicht gestattet, eine Frage an Sie zu richten. Halten Sie es für möglich, daß man sich noch in meinem Alter und in einer verhältnismäßig nicht zu langen Zeit die Fachkenntnisse aneignen kann, deren ein Bankier bedarf?"

Hollbach saß stockstei. Er hatte die Bedeutung der Frage sofort begriffen, und in seinem Kopfe wirbelte es. Das war eine Wendung der Dinge, auf die er nicht gefaßt gewesen war. Unter allen Zukunftsmöglichkeiten, die er sich zurechtgelegt, war diese eine sicherlich nicht gewesen. Aber er mußte antworten, ohne zu verraten, wie tief er erschrocken war.

„Daran ist nicht zu zweifeln, Herr Reinhardt! Mein Beruf ist an und für sich ohne alle Schwierigkeiten zu erlernen. Wie weit jemand es in ihm bringt, ist allerdings eine Frage der natürlichen Veranlagung."

„Von der ich mir, vorläufig wenigstens, leider nicht gar zu viel zutraue. Aber ich habe mich in der Tat nach einer Rücksprache mit meinem Vater entschlossen, den Versuch zu machen. Und ich hoffe, daß Sie sich herbeilassen, meinen Lehrmeister zu machen."

„Sie gedenken also, die Leitung des Bankhauses zu übernehmen?"

Reinhardt verwehrte sich mit einer lebhaften Handbewegung.

„Daran ist für absehbare Zeit selbstverständlich nicht zu denken. Ich sage Ihnen ja, daß ich zunächst nichts anderes sein will, als ein lernbegieriger Schüler. Sie werden vermutlich im Anfang viel Geduld mit mir haben müssen, Herr Hollbach!"

„Als Ihr Lehrmister, wie Sie es nannten, komme ich wohl kaum in Frage. Ich beabsichtige, den Herrn Professor morgen schon um meine baldige Entlassung zu bitten."

„Ist das Ihr Ernst? Und weshalb wollen Sie nicht bleiben?"

„Aus Gründen, die Sie vielleicht nicht recht verstehen werden, die aber für mich die allertrifftigsten sind. Ich halte es für ganz natürlich, daß Ihr Herr Vater den Wunsch hat, die verantwortliche Geschäftsführung, weil er sie nun doch einmal nicht selbst übernehmen kann, in die Hände eines Mannes zu legen, der sein volles Vertrauen genießt. Jeder andere an seiner Stelle würde genau so handeln. Aber mein Verhältnis zu dem seltenen Menschen, den wir heute begruben, war ein derartiges, daß ich mich an der Stätte meines bisherigen Wirkens in die Abhängigkeit von einem mir fremden Herrn nicht mehr würde finden können. In irgend einem anderen Hause — meinetwegen! Im Hause Klemens Reinhardt — nein."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240627-17/fragment/page=0005

Der Reichsverband der deutschen Presse in Königsberg.

W. O. Fleck-Königsberg.

In der Hauptstadt der einzigen „Insel" Deutschlands, Ostpreußen in die alte Ordensstadt Königsberg hat der Reichsverband der deutschen Presse, die Berufsvereinigung der deutschen Redakteure und Journalisten ihre diesjährige Haupttagung gelegt. Die Kantstadt hat den berufenen Vertretern der deutschen Presse ein besonders herzliches Willkommen zugerufen. Wenn der Westen des Reiches in gewaltigem Kampf um seine völkische Exzistenz steht, so kämpft das vom Mutterlande angetrennte Ostpreußen einen nicht minder schweren Kampf um den Bestand seines Volkstums. Wird in der Westmark der Kampf des Geistes und der Tat gegen einen waffenstarrenden Eroberer geführt, so gilt es in der Ostmark ein zähes Ringen gegen den immer wieder durch unterirdische Kanäle vorfühlenden polnischen Nachbar. Ostpreußen hat in den Jahren nach dem Kriege, die die Trennung vom Reich brachten, diesen Kampf für das Deutschtum ehrenvoll bestanden. Fester denn je steht die Ostmark zum Reich, trotz der Lockungen und Versuchungen, ein Mahnbild für diejenigen, die durch Separationsgelüste das einige Deutschland schwächen wollen.

Ostpreußen weiß, was es seinem Deutschtum schuldig ist. Es bedarf keiner Mahnungen zum Durchhalten, aber es will, daß man im großen deutschen Vaterlande Verständnis für seine Lage und für seine Forderungen empfindet. Es will nicht durch Maßnahmen vom grünen Tisch in seiner Entwicklung behindert werden, es will endlich auch eine Erschwerung seines Existenzkampfes vermieden wissen.

Die Kantgedenktage dieses Jahres, die Veranstaltungen anläßlich des Königsberger Stadtjubiläums und die mannigfachen Tagungen von reichsdeutschen Verbänden in Ostpreußens Hauptstadt haben dieses ostpreußische Wollen hinausgetragen in das Reich und weit über seine Grenzen in alle Welt. Wir aber wären berufener, Verständnis für ostpreußische Eigenart, ostpreußisches Denken und Fühlen zu wecken, als die Vertreter des deutschen Schrifttums, die jetzt in Ostpreußens Gauen weilten. Ist auch der Hauptzweck der Tagung die Beratung lebenswichtiger Berufsfragen, so ist doch gerade für Ostpreußen dieses nächste Ergebnis der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse von unschätzbarer Bedeutung. Schon die Fahrt nach Königsberg war reich an derartigen Anregungen. Die Fahrt Fahrt durch den „polnischen Korridor". Durch ehemals nach Königsberg war reich an derartigen Anregungen. Durch deutsches Gebiet, vorbei an Bahnhöfen, an denen polnische Namen die alten ersetzt haben, eilt der Zug. Eine beklommene Stimmung herrscht unter den Festteilnehmern. Ist es die Trauer um das Stück unseres eigenen Ich, das wir hingeben mußten, oder haben die Gedanken nur Zeit, den inbrünstigen Wunsch zu formen, daß dermaleinst wieder deutsch werden möge, was deutsch ist? Aber weiter geht die Fahrt und dann grüßen Umrisse der Marienburg. Altehrwürdiger Ordensbau, Künder deutscher Kolonisationsarbeit im Osten. Mit Marienburg sind die Fahrtteilnehmer deutschem Boden wiedergegeben. Sie stehen nach kurzer Ueberfahrt auf dem Gebiet der „Insel" Ostpreußen. Herzlich ist der Empfang durch Stadt und Berufskollegen. In Rede und Gegenrede wird die Treue von Ostpreußen zum Reich und umgekehrt aus ehrlichem, offenem Herzen versichert. Führungen durch die Stadt weisen den Gästen die Mahnzeichen alter deutscher Kultur. Dasselbe Bild wiederholt sich in der vom Reich gerissenen „Freien Stadt Danzig". Auch hier allenthalben das herzerfrischende Bekenntnis zum Deutschtum, trotz alledem, was das Schicksal gebracht hat und noch bringen wird. Aus allen Reden klingt die zuversichtliche Hoffnung: „Wir Danziger halten unser Deutschtum hoch, trotz eisenfester polnischer Umklammerung". Die alten Wahrzeichen deutschen Kaufmannsgeistes, deutschen Geisteslebens wurden besichtigt, dann nimmt ein Dampfer die Presseleute in Zoppot auf und bringt sie wohlbehalten nach Pillau und von dort aus ein bereitstehender Eisenbahnzug nach Ostpreußens Hauptstadt Königsberg.

Der Abend vereinigte die reichsdeutschen und ostpreußischen Berufskollegen in dem altehrwürdigen „Blutgericht" im Keller des Königsberger Schlosses zu einem zwanglosen Begrüßungsabend. Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden entbieten den Gästen herzlichen Willkommensgruß. Der Sonnabend und Sonntag sind der Beratung von Berufsfragen gewidmet, die freien Stunden aber führen die Gäste zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt. Am Sonnabend abend bringt ein Sonderzug die Tagungsteilnehmer nach dem nahegelegenen Ostseebad Cranz. Gastfreundlich hat sie nach dort der Landwirtschaftsverband Ostpreußen geladen. Am Montag sollen die Hafenanlagen und der Flughafen besichtigt werden. Die nachfolgenden Tage aber führen die Gäste nach der Kurischen Nehrung, nach dem staatlichen Bernsteinwerk, nach dem ostpreußischen Seengebiet, in die landschaftlich schönen Teile Ostpreußens. Weit in die Lande hinein grüßen die alten Ordensschlösser und Kirchen, zeugen wogende Getreidefelder und reiche Viehherden vom Segen ostpreußischer deutscher Arbeit. Sie mahnen die Besucher: Tragt Kunde hinein ins deutsche Mutterland vom ewigen ostpreußischen Deutschtum, das dauern wird, solange deutsche Frauen und Männer leben.

Sozialpolitische Anträge im Reichstag.

Am Regierungstisch: Arbeitsminister Dr. Braun.

Das **deutsch-polnische Abkommen** über die Rechte der Mitglieder und Beamten des gemeinschaftlichen Oberkomitees der oberschlesischen Eisenbahnen wird in allen drei Lesungen **angenommen.**

Sozial-politische Anträge.

Auf der Tagesordnung stehen dann 45 Anträge aller Parteien über sozialpolitische Fragen. Verbunden wird damit die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit und ein Antrag der Nationalsozialisten auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der den deutschen Frontkämpfern die Vorteile im Staate einräumen solle, die sie sich mit ihrem Blut vor dem Feinde erstritten haben.

Abg. **Beidt** (Dntl.) richtet einen Appell an das Weltgewissen den Notschrei eines sterbenden Volkes zu hören. Der Redner dankt den barmherzigen Menschen, die die Volksspeisungen ermöglicht und dadurch Tausende vom Hungertod in Deutschland gerettet haben. Aufreizend dagegen wirke die Schlemmerei und Prasserei gewisser Kreise. Sogar Tanzturniere werden veranstaltet, um Mittel zur Linderung der Not der Erwerbslosen aufzubringen (Hört, hört!). Die **Bezüge der Kriegsbeschädigten** und aller **Kriegshinterbliebenen** müssen unbedingt aufgebessert, die Verstümmelungs- und Kriegszulagen aufgewertet, die Luftdienst-, Seefahrts- und Tropenzulagen wiederhergestellt werden. Den Schwerkriegsbeschädigten müsse ganz wesentliche Hilfe zuteil werden. **Die jugendlichen Erwerbslosen solle man lieber zur Arbeit aufs Land, vielleicht zur Oedlandkultuvierung, schikken, anstatt sie mit ein paar Groschen Unterstützung in der Großstadt herumlungern zu lassen.** Die Wohnungsfrage sei in den letzten Jahren unverantwortlich vernachlässigt worden. Die S o z i a l p o l i t i k darf nicht in erster Linie eine Frage der Gesetzgebung, sondern muß eine Frage des s i t t l i c h e n G e w i s s e n s sein, sonst bleiben alle Gesetze tote Buchstaben.

Abg. **Graßmann** (Soz.): Unsere Interpellation macht auf die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit aufmerksam. **Ohne die Beseitigung des Klassenkampfes kann Deutschland nicht gesunden.** Wir verlangen in unserer Interpellation ein Eingreifen gegen die preisverteuernden Kartelle.

Die Abstimmung über die Beamtenanträge.

Gegen ½1 Uhr werden die Verhandlungen unterbrochen. Es wird die A b s t i m m u n g über die Anträge zu den Beamtenfragen vorgenommen. Bekanntlich schlägt der Hauptausschuß vor, die von der Regierung in Aussicht gestellten 71,5 Mill. Mark zur Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen 1—4 zu verwenden. Ferner sollen noch allgemein für alle Beamtengruppen Erhöhungen der Kinder- und Frauenzulagen vorgenommen werden.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Ermächtigung zur Abänderung des Besoldungsgesetzes wird an den Hauptausschuß zurückverwiesen; der kommunistische Antrag, die B e s o l d u n g s g r u p p e n 1—7 und die Gruppen über 13 zu b e s e i t i g e n, wird gegen die Antragsteller abgelehnt:

ein Antrag **v. Gräfe** (Nat.-Soz.), die Erhöhung der Grundgehälter auch auf die Gruppen 7 und 8 auszudehnen, wird gegen die Antragsteller abgelehnt, da sich dadurch der Betrag, der auf den Einzelnen kommen würde, noch verringern würde.

Ebenfalls gegen die Antragsteller abgelehnt wird der kommunistische Antrag, nicht 71,5, sondern 800 Millionen Millionen Mark an Erhöhungen auszuwerfen.

Darauf werden die Anträge des Hauptausschusses mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten angenommen. — Durch diese Abstimmungen sind s ä m t l i c h e a n d e r e n B e s o l d u n g s a n t r ä g e e r l e d i g t. — Die Anträge zum Personalabbau werden dem Abbau-Ausschuß überwiesen. Damit sind die Abstimmungen erledigt.

Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag, die weitere Durchführung der P e r s o n a l a b b a u v e r o r d n u n g sofort und solange auszusetzen, bis die Angelegenheit gesetzlich geregelt ist. Darauf werden die Verhandlungen fortgesetzt über d i e s o z i a l p o l i t i s c h e n A n t r ä g e.

Abg. **Thiel** (D. Vp.) unterstreicht die Ausführungen der Abgeordneten Frau Teusch. Die **Kriegsopfer** sind leider in einem Maße vernachlässigt worden, wie es mit der Würde eines großen Volkes nicht vereinbar ist. Dieses Unrecht muß wieder gutgemacht, die Abfindungen müssen aufgewertet werden.

Abg. **Fahrenhorst** (Nat.-Soz.): Es ist eine Schmach und Schande: daß bei dem Personalabbau auch Kriegsbeschädigte auf die Straße gesetzt worden sind. Die Renten und Abfindungen müssen nach dem wirklichen Goldwert bezahlt werden. Die Regierung Marx-Stresemann sollte sich endlich auch der Altveteranen von 1866 und 1870—71 annehmen. Wir müssen hier die Kriegsschuldlüge, auf der das Gutachten beruht, besprechen, ehe wir in die Ferien gehen. Die sogenannten Arbeiterparteien treiben Schwindelpolitik und sind schuld an den Sklavenketten, die uns das jüdische internationale Kapital auferlegt.

Abg. **Schwarzer** (Bayr. Vpt.) fordert für die Rentenbesitzer die Festsetzung einer gesicherten und auskömmlichen Rente.

Abg. **Jenzen** (Deutschsoz.) bedauert als parlamentarischer Neuling, daß im Reichstage so lange Reden gehalten werden, über Dinge, die doch einfach und klar seien. Der Reichstag solle w e n i g e r r e d e n und m e h r l e i s t e n.

Die Aussprache schließt. Die Anträge, die die Kriegsbeschädigten betreffen, werden einem besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen, die anderen Anträge gehen an die zuständigen Ausschüsse.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Interpellationen und Anträge über die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues. Schluß 7,15 Uhr.

Aus dem Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 26. Juni. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit einem vom Reichswirtschaftsministerium zur Begutachtung vorgelegten Entwurf einer Verordnung zur Abänderung der Durchführungsvorschriften zum Gesetz über die Regelung der Kaliwirtschaft. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß stimmte dem Verordnungsentwurf zu und beschäftigte sich sodann mit einer Entschließung des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung, wonach die Frage der Befreiung des aus dem Auslande eingeführten Getreides und Mehles von der Umsatzsteuer noch einmal durch den 12er-Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung erörtert werden soll. Zur Behandlung stand nunmehr der Entwurfe iner auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 5. August 1922 zu erlassenden Verordnung über Zolländerungen. Der Vertreter des Finanzministeriums betonte, daß der Grundgedanke sei, die Einfuhrverbote abzubauen, soweit nicht zwingende Gründe entgegenstünden. Sämtliche Mitglieder des Ausschusses lehnten die Vorlage ab. Darauf wurde folgender Antrag Georg Müller angenommen: „Unter Ablehnung der Regierungsvorlage erkennt der Wirtschaftspolitische Ausschuß ihren Grundgedanken als richtig an, durch Schaffung eines Instruments für die kommenden Handelsvertragsverhandlungen die Voraussetzung einer Beseitigung der Einfuhrverbote zu schaffen. Der Reichswirtschaftsrat empfiehlt daher eine rechtzeitige Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes für eine ausreichende Dauer!"

Der erste Absatz dieses Antrages wurde einstimmig, der zweite mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Der Marine-Etat 1924.

Berlin, 26. Juni. Der Reichshaushaltsplan für 1924, der in diesen Tagen vom Reichsrat genehmigt ist, und soeben den Mitgliedern des Reichstages zugeht, enthält in der Anlage 8, Haushalt des Reichswehrministeriums, den Etat der Reichsmarine. Der Gesamtzuschuß, den die Wehrmacht, Heer und Marine benötigt, beläuft sich auf 450,2 Mill. Mark. Hiervon entfallen 449,5 Mill. Mark auf den ordentlichen Haushalt. Die Gesamtausgaben für das Heer belaufen sich auf 350 Mill.. Mark, diejenigen für die Marine auf 104,3 Mill. Mark, denen eine Gesamteinnahme von 5,6 Millionen Mark gegenübersteht. Die Haushaltstärke des Marinepersonals hat sich in ihrer Gesamtzahl gegen das Vorjahr nicht verändert. Die persönlichen Ausgaben für die Besoldung der Offiziere und Mannschaften betragen 16,5 Millionen Mark, die In- Instandhaltungen der Schiffe beanspruchen 12,8 Mill. Mark, von denen die Bordzulagen der Besatzungen, die Verpfle-

Der Affe als Lehrer.

Die Bedeutung der Affenbiologie für den Menschen war der Inhalt des Vortrags, mit dem Prof. Dr. P f u n g s t-Frankfurt a. M. weit über die übliche Tagungszeit hinaus in der letzten Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft die Zuhörer zu fesseln vermochte.

Im Laufe der letzten Jahre ist der Affe in steigendem Maße als Versuchstier benutzt worden. Für den Ablauf von Krankheiten bei Menschen sind dadurch mancherlei wichtige Aufschlüsse gewonnen worden. Aber auch der Psychologe und der Biolog haben sich vielfältig mit dem Affen beschäftigt. Was dabei für den Menschen herauszuspringen vermag, davon gab der Vortragende einige Proben.

Für die besondere Art der wissenschaftlichen Beobachtung müssen alle diejenigen Affenarten ausscheiden, die auch im weitesten Sinne nicht als Verwandte des Menschen anzusehen sind. Auch bei den anderen können nur in beschränktem Maße Beobachtungen angestellt werden. Gerade die hochstehenden Affen leben im für die Menschen ungesungem und schwer zugänglichem, dichtestem Urwald, wo eine genaue Beobachtung ausgeschlossen ist. Man ist also auf Versuche mit den wenigen Tieren in der Gefangenschaft beschränkt. Voraussetzung ist hierbei auch, daß man sich mit völlig gesunden Tieren befaßt. Es ist ja bekannt, daß Affen in Gefangenschaft von schweren Krankheiten heimgesucht werden. Vielleicht ist die Tuberkulose dabei noch nicht die schlimmste. SehrC häufig sind Knochenerkrankungen, und die Lehre von diesen bei Menschen wird vielleicht noch manche Aufklärung erfahren, wenn man dahinter kommt, warum bestimmte Knochenerkrankungen bei bestimmten Affenarten in der Gefangenschaft fast stets, bei andern aber niemals auftreten. Häufig sind auch parasitäre Erkrankungen. Dabei spielt die Verlausung keine große Rolle. Man beobachtet ja dauernd, wie emsig die Affen gegen sie angehen. Von Wunden werden die Affen wenig geplagt. Sie verheilen schnell, auch ohne Verbände, die doch immer abgerissen werden. Verletzungen kommen fast nie vor, selbst wenn die Affen mit Glasscherben oder Scheren spielen.

Affen pflanzen sich in der Gefangenschaft nur fort, d. h. so, daß die Jungen auch wirklich großgezogen werden, wenn man ihnen wirklich günstige Lebensbedingungen gewährt. In einem der größten zoologischen Gärten Europas, wo seit 1857 genaue Standesamtslisten geführt wurden, waren von da bis 1912 im ganzen 16 Affen hochgezüchtet worden, wogegen in Berlin dieselbe Zahl in vier Jahren erreicht werden kZonnte. Sobald das Affenkind geboren ist, birgt es die Mutter in ihrem Schoß. Sie weiß aber offenbar zunächst nicht, daß das Kleine dort Nahrung findet, denn sie dreht seinen Kopf durchaus nicht immer der Brust zu. Aber sobald sich das Junge an dem mütterlichen Busen fühlt, macht es solange unwillkürliche, krampfhafte Bewegungen, bis der Mund an die Zitze kommt. Diese wird dann ergriffen und fast gar nicht mehr losgelassen. Das Affenkind hängt dauernd an der Zitze der Mutter. Es ist weder stubenrein noch wird es dazu erzogen. Die Affen sind Nomaden und haben das nicht nötig, stubenrein sind nur Höhlentiere. Auch die Menschen waren ursprünglich Nomaden und auch das menschliche Kind muß oft zur Stubenreinheit erzogen werden.

Im Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus in Berlin wurde versuchsweise ein Affenkind mit der Flasche aufgezogen. Da beobachtete man etwas, was man noch nie bei jungen Affen gesehen hatte: es lutschte am Daumen. Daß dies ein Ersatz war für das dauernde Ruhen an der Mutterbrust, ist eine viel zwanglosere Erklärung für das Daumenlutschen der Kinder als die Erklärung von Freud, daß es die erste sexuelle Aeußerung darstelle. Auch an anderen Tieren, bei jungen Katzen und Hunden, kann man Lutschen als Reflex auf mangelhafte Sättigung beobachten. Das Affen-Flaschenkind ist jetzt drei Jahre alt und lutscht nur noch, wenn es in große Verlegenheit gerät, wie Menschen, die über die Kinderjahre hinaus auf einer kindlichen Stufe stehen bleiben.

Der Affe ist von großer Betriebsamkeit. Er wird durch Sinneseindrücke lebhaft erregt und zeigt alle Eigenschaften des überempfindlichen Menschen, er ist aufbrausend, rücksichtslos, schwer beruhigt. Er ist ein soziales Tier, das nur in der Gemeinschaft seine Eigenschaften entfaltet. Man kann sagen: das einzelne ist wohl ein Individium, aber keine Persönlichkeit. Wenn die Frage der Gleichheit der Menschen noch unentschieden sein mag, bei den Affen ist sie dahin entschieden, daß keine Gleichheit besteht. In der Horde herrscht ein strenges Zeremoniell, das man vor jedem größeren Gemeinschaftskäfig beobachten kZann. Den besten Platz hat der Leitaffe. Es ist ganz genauu geregelt, wie weit der einzelne dem Leitaffen nahekommen kann, wenn er sich sonst nähern darf, wo er seinen LSchlafplatz zu nehmen hat und dergleichen mehr.

Die Verständigung geschieht durch Laute und Bewegungen, eine eigentliche Affensprache gibt es nicht. Die Laute sind Affen-Reaktionen — viel anders ist oft die Sprache beim Menschen auch nicht, z. B. beim Kaffeeklatsch oder wenn die junge Frau hundertmal am Tage ihren Mann fragt: „Hast du mich lieb?"

Bei dem vorerwähnten, mit der Flasche großgezogenen Affen, der bisher nie mit anderen Affen in Berührung gekommen war, finden sich alle Züge der Pathologie des einzigen Kindes. Er hat auch alle Bewegungen, mit denen sich die Affen in der Gemeinschaft verständigen, aber er versteht sie nicht, so, als wenn ein Mensch zwar seine Sprache kennen würde, ohne sie selber zu verstehen.

Bei den Stimmungen nach der freundlichen und der bösen Seite hin zeigen sich viele Aehnlichkeiten mit dem Menschen. Der Affe lacht z. B. unter gleichen Umständen wie der Mensch. Die Bodenaffen sind viel bösartiger als die Baumaffen. Ist der auf dem Boden lebende Mensch nicht auch bösartig? Aber bei der größten Wut ist immer noch ein Einschlag von Angst, es ist ein Pendeln zwischen Frechheit und Feigheit — wie beim Menschen. Auffallend ist die Angst vor dem bösen Blick. Schreit man den Affen böse an, dann wird er nicht nur ängstlich, sondern wendet auch den Kopf zur Seite. Ein Aeffchen im Krankenhause Friedrichshain war plötzlich scheu und duckte sich in die Ecke. Man entdeckte schließlich, daß es ein Blatt von einem Abreiß-Kalender gerissen hatte. Es war ein Künstlerkalender und das freie Blatt stellte Fridericus Rex dar. Der Künstler hatte ihn mit starrem, in die Unendlichkeit gerichtetem Blick gezeichnet. Als das Bild entfernt wurde, war der Affe wieder beruhigt.

Ist das demutvoll gesenkte Auge des Menschen nicht letzten Endes auch eine Erinnerungswirkung der Angst des Menschen vor dem Bösen?

Auch in den Beziehungen der Geschlechter zeigen sich viele Anklänge an den Menschen, jedoch so, daß Einzelheiten der mannigfaltigen menschlichen Eigenarten Sondereigenschaften bestimmter Affenarten sind, bei den einen eine gewisse Keuschheit der Frau, die vom Manne erobert werden muß, bei den andern Dirnenhaftigkeit, die sich dem Mann anbietet.

Diesen wenigen Proben aus dem inhaltreichen Vortrag dürften schon genügen, um nachdenklich zu stimmen. eGhört die Affenforschung wirklich zur Familienforschung der Menschen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240627-17/fragment/page=0006

gungsgelder, das Betriebsmaterial (Kohlen, Heizöl und Benzol) und Lotsen- und Hafengelder bestritten werden. Der Posten „zum Ausgleich des Kurs-Unterschiedes", aus dem die Besatzungen der ins Ausland gehenden Kriegsschiffe in den vergangenen Jahren Valutazulagen erhalten haben, ist dieses Jahr zum ersten Male weggefallen.

Eine Beleidigungsklage des Pressechefs der Reichskanzlei.

Berlin, 26. Juni. (Drahtlos.) Vor dem großen Schöffengericht Berlin hatte sich heute früh der Redakteur Joseph Sonntag wegen Beleidigung des Ministerialdirektors Dr. Spieker, des Pressechefs der Reichskanzlei, zu verantworten. Die Anklage legte Sonntag Veröffentlichungen zu Grunde, die sich mit der Person des Pressechefs dauernd beschäftigen. In diesem wurde u. a. zum Ausdruck gebracht, daß Spieker in seiner Eigenschaft als Abstimmungskommissar in Oberschlesien die damals zu privater Seite gesammelten Gelder für parteipolitische Zwecke verwendet habe. Weiter wurde behauptet, daß Dr. Spieker in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Geheimrat Strauß und der Firma Otto Wolf in Köln/Rhein stehe. Sonntag erklärte vor Eintritt in die Verhandlung, daß er inzwischen eingesehen habe, daß er das Opfer einer schmählichen Täuschung geworden sei. Er bedaure sehr die Veröffentlichungen und erklärte, daß er nicht in der Lage sei, das Material vorzubringen. Dazu sei er bereit, jede Genugtuung dem Nebenkläger Dr. Spieker zu geben und bitte, den Reichskanzler und den Nebenkläger, die gestellten Strafanträge zurückzunehmen. Hierauf wurden die Strafanträge zurückgezogen und das Verfahren durch Gerichtsbeschluß eingestellt.

Der neue Kurs der Pariser Presse.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die große politische Umwälzung in Frankreich macht eine Umorientierung der Pariser Zeitungen zur Notwendigkeit. Zum Studium der politischen Tagesereignisse an Hand der Pressenachrichten ist es erforderlich, daß man über diese Vorgänge unterrichtet wird.

Die große Boulevardpresse verliert heute ihren offiziösen Charakter. Artikel der radikalen „Ere Nouvelle" sind heute politisch weit bedeutender als alle Spalten der Millionenpresse, die Artikel des „Oevre" geben besseren Aufschluß als die im „Temps". „Paris-Soir", früher kaum dem Namen nach bekannt, erreicht heute große politische Bedeutung. Man täuscht sich also, wenn man annimmt, in der großen Pariser Presse, wie bisher, das offiziöse Stichwort mehr oder weniger nuanciert wiederzufinden und wenn man meint, daß diese Presse ohne weiteres in den Dienst der neuen Herren übergegangen ist. Eine solche Ansicht führt zu einer falschen Beurteilung der französischen Politik. — Zu bemerken ist aber, daß die Boulevardpresse vorsichtig den Anschluß sucht, ohne bis heute aber darin Glück zu haben.

Diesen Aufschwung der radikalen Blätter kann merkwürdigerweise die sozialistische Presse nicht verzeichnen. Ihr einziges Organ, der „Populaire", mußte sein tägliches Erscheinen schon einstellen.

Die rechtsstehenden Blätter gehen natürlich stark zurück. Die „Action française" erscheint nur mehr unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und das „Echo National", das Organ von Clemenceau und Kampfblatt Tardieus stellt sein Erscheinen ein. Der „Intransigeant" wird sich wegen seiner erstklassigen literarischen und sportlichen Informationen halten können.

Zu den einzelnen großen Morgenblättern sei kurz erwähnt:

„Petit Parisien", das Organ Loucheurs, hat seinen Lesern schon immer beweisen wollen, daß persönliche Meinungsverschiedenheiten nicht so stark sind als die Notwendigkeiten der Außenhandelspolitik, und heute betrachtet das Blatt die Taten Herriots mit der gleichen wohlwollenden Neutralität wie die Poincares. Uebrigens steht auch Loucheur als vorderster an der Eingangstür der neuen politischen Küche.

Das „Journal", das eigentliche Massenblatt, hat einen sehr geschäftstüchtigen Direktor (Letellier), der sich als Chronisten einen der radikalsten Tagesschriftsteller, Henri Beraud, seit neuestem verpflichtete.

Im „Matin" dirigieren der stock-konservative Bunau-Varilla und Henri de Jouvenel, Unterrichtsminister im Kabinett Poincare, der bei der Abstimmung über Millerand als Senator zur republikanischen Linken übertrat. — Und auch Herr Sauerwein wird nach einer kurzen Anstandsfrist bald die guten alten Beziehungen zum Elysee und zum Quai d'Orsay wieder aufnehmen. „Echo de Paris" wird als Freund des Kardinals nach wie vor ein Feind der kulturkämpferisch angelegten Radikalen bleiben.

Der „Temps" hat zwei Gesichter, die sich nicht gleichen. Der Leitartikler Herbette bekämpft seit Monaten die engherzige Politik der Isolierung und fordert eine Internationalisierung der großen europäischen Probleme. Entgegengesetzter Ansicht ist der Innenpolitiker, heute noch ein scharfer Gegner Herriots und serviler Dieenr des Bloc national. — Außenpolitisch scheint die Richtung Herbette zu siegen.

Es ist jedenfalls vom politischen Standpunkt aus sehr beachtenswert, daß die Pariser Presse neben einer z. T. radikalen Umstellung z. Z. eine bedeutende Verjüngung erfährt.

Frankreich und die Anerkennung Rußlands.

Washington, 26. Juni. Die französische Regierung hat in einem Schreiben Amerika gegenüber ihren Standpunkt auseinandergesetzt bezüglich der Haltung, die Herriot Rußland gegenüber einzunehmen gedenkt. Man glaubt, daß in diesem Schreiben die Anerkennung Rußlands von Seiten Frankreichs ausgesprochen ist. Die amerikanische Regierung hat in ihrer Antwort an die französische Regierung lediglich den Empfang des Schreibens bestätigt. Man schließt daraus, daß Amerika noch nicht geneigt ist, seinen Standpunkt Rußland gegenüber zu ändern.

Die englisch-französische Demarche.

Berlin, 26. Juni. Unter der Ueberschrift: „Die englisch-französische Demarche" veröffentlicht die „Zeit" in ihrer Donnerstag-Ausgabe sehr beachtliche Ausführungen über die durch die französisch-englische Entwaffnungsnote geschaffene Lage. Es heißt dort u. a.: Die deutsche Regierung wird in diesen Tagen endgültig zu der Frage der Militärkontrolle Stellung nehmen. Die Aufgabe ist nicht leicht, denn die Militärkontrolle mutet Deutschland eine sehr große Entsagung zu, namentlich soweit bei dieser Kontrolle die fremden Kontrollkommissare mit den deutschen Heeresstellen in Berührung kommen. Durch die Entwicklung der Dinge ist die Frage der Militärkontrolle zum Mittelpunkt der ganzen außenpolitischen Lage geworden. Darüber muß man sich bei der Stellung dieser Frage klar sein. In London hat man doch auf das Eindringlichste betont, wie wichtig die rasche Erledigung der militärischen Kontrollfrage sei und darauf hingewiesen, daß Deutschland im Weigerungsfalle die ganze englische Oeffentlichkeit gegen sich haben werde und daß Herriots Politik dann undurchführbar geworden sei. In erster Linie kommt es darauf an, volle Klarheit darüber zu schaffen, ob die wirtschaftliche und politische Befreiung Deutschlands durch Zurücknahme aller ihr entgegenstehenden Ordonnanzen offen und ehrlich durchgeführt werden soll. Es muß der Gegenseite auch klar sein, daß die Räumung der Ruhr für Deutschland der Kardinalpunkt des ganzen Problems ist. Auf jeden Fall müssen die französische und die englische Oeffentlichkeit sich darüber klar sein, daß Deutschland das Für und Wider der Annahme der Sachverständigengutachten im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob es dadurch die politische Freiheit wieder gewinnt. Deutschland verlangt die Wiederherstellung seiner vertragsmäßigen Rechte.

Lord Palmoor über Deutschlands Zulassung zum Völkerbundsrat.

Berlin, 26. Juni. (Drahtlos.) Die „B. Z." meldet aus London: Bei einem Frühstück der englischen Liga für Völkerbund erklärte Lord Palmoor, daß es sowohl vom Standpunkte des Völkerbundes wie des Interesses des Deutschen Volkes von großer Wichtigkeit wäre, daß die deutsche Republik so schnell als möglich Mitglied des Bundes würde. Die Mitglieder des Völkerbundsrates hätten ihm einstimmig erklärt, daß sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befürworten würden, **sobald die Verhandlungen über die Ausführung der Sachverständigen-Gutachten zu befriedigenden Abschluß gelangt seien.**

Das Flüchtlingsproblem vor dem Völkerbundsrat.

Riga, 26. Juni. Allgemeines Interesse verdienen die im Völkerbundsrat zur Kenntnis gebrachten Berichte des Oberkommissars für das Flüchtlingswesen Nansen. Es wird darin festgestellt, daß 18 Staaten an der Frage der russischen Flüchtlinge direkt interessiert sind. Von ihnen zählen u. a. Belgien etwa 1000 Flüchtlingsfamilien, Bulgarien 33 000, Frankreich 400 000, Türkei 29 000. In Frankreich haben die Flüchtlinge sämtlich Arbeitsgelegenheit gefunden. Von den in Deutschland befindlichen 500 000 russischen Flüchtlingen möchten, wie der Bericht feststellt, viele nach ihrer Heimat zurückkehren. Dasselbe gilt von den 41 000 Russen, 26 000 Ukrainern und 13 000 Juden, die sich als Flüchtlinge in Polen befinden. Dem Abkommen über Erteilung eines besonderen Passes an die Flüchtlinge hat sich nunmehr auch Deutschland in vollem Umfange angeschlossen. In der Besprechung der Berichte vertrag Lord Palmoor den Gedanken der Schaffung einer dauernden Organisation zur Behebung des Flüchtlingsproblems.

Eine zweite Rede Mussolinis.

Rom, 26. Juni. Mussolini hat gestern in der Vollsitzung der Regierungsmehrheit ein Bild von der gegenwärtigen Lage Italiens gegeben, das in wesentlichen Zügen den Ausführungen entgegenspricht, die er in seiner vorgestrigen Senatsrede gemacht hatte.

Zur Neubildung der italienischen Regierung.

Rom, 26. Juni. Die „Tribuna" schreibt über die bevorstehende Regierungsumbildung, daß die meisten Unterstaatssekretäre ersetzt werden sollen. Auf jeden Fall werde Mussolini aber vom alten Ministerium den Finanzminister und und den neuen Kriegsminister auch in die neue Regierung mit hinüber nehmen.

Erklärungen Macdonalds dem italienischen Botschafter gegenüber.

London, 26. Juni Macdonalds Anwesenheit bei der Versammlung der Labour-Party, auf der die Protestkundgebung zum Morde Matteottis verfaßt wurde, hatte in italienischen Kreisen einen schlechten Eindruck gemacht. Dieser ungünstige Eindruck wurde durch die Erklärungen Macdonalds dem italienischen Gesandten gegenüber behoben.

Ultimatum der Bundesangestellten an die österreichische Regierung.

Wien, 26. Juni. Die Bundesangestellten haben an die Regierung ein bis morgen Mittag befristetes Ultimatum gerichtet, in welchem sie verlangen, daß das von der Regierung ausgesprochene Vakuum zwischen der Besoldungsreform und der Verlängerung der Dienstzeit von 35 auf 40 Jahre aufgehoben und in der Entlohnung der Pensionisten eine entsprechende Zulage zugesagt wird.

Unbegründete polnische Beschwerden.

Berlin, 26. Juni. Halbamtlich wird erklärt: Die polnische Regierung hat durch ihren Berliner Gesandten der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, in welcher dieser zum Vorwurf gemacht wird, sie sei ihren Verpflichtungen auf Grund des Genfer Abkommens über Oberschlesien innerhalb der für Oberschlesien geltenden Optionsfrist Optionsbehörden zu bestellen, nicht nachgekommen. Die deutsche Regierung hat in ihrer Antwort festgestellt, daß die deutschen Optionsbehörde bereits durch Verordnung der Reichsregierung vom 15. Mai d. Js. bestellt sind und daß dies durch die deutsche Gesandtschaft in Warschau der polnischen Regierung mitgeteilt worden ist. Die an obige Behauptung anschließenden Kommentare der polnischen Presse, welche eine Verletzung des Genfer Abkommens durch die deutsche Regierung zu konstruieren versuchten, fallen daher als gegenstandslos in sich zusammen.

Polen entläßt deutsche Eisenbahner.

Die deutsche Fraktion des Sejm interpellierte den Eisenbahnminister wegen der Entlassungen deutschstämmiger Arbeiter. Auch in Polen werden Beamte, Angestellte und Arbeiter abgebaut, mit auffälligem Eifer aber bauen die polnischen Eisenbahnbehörden die deutschstämmigen Arbeiter ab, deren Abbauprozentsatz weit über dem der polnischstämmigen steht. Der Eisenbahnminister wird gefragt, was er dagegen zu tun gedenke. Sicherlich wird er nicht viel tun.

Ein neues Blatt des Deutschtums in Litauen.

„Litauische Rundschau" nennt sich ein Blatt, dessen erste Nummer am 8. Juni in Kowno herauskam und das täglich erscheinen soll. In einem ausführlichen Programm-Artikel heißt es, es solle die Aufgabe der Zeitung sein, Deutschland zu zeigen, „daß in ungeahnter geistiger Stärke, vor der nur das grundmaterielle Westeuropa von heute nicht die gebührende Achtung hat, im Osten des Kontinentes Quellen sprudeln, die das politische Leben des Kontinentes wahrscheinlich auf die Dauer tiefer beeinflussen werden, als das Ringen um Sicherheiten und Reparationen im Westen." Vielleicht, wenn einmal die Stunde der Schicksalsreife für das deutsche Volk gekommen sein wird, — und sie werde kommen, denn als tot habe noch keiner dieses Volk zu bezeichnen gewagt — vielleicht werde es dann wissen, daß im Osten eine Basis der Zukunft vorhanden sei, die trotz aller äußeren Ohnmacht und Knechtung sicherere Garantien der Zukunft biete, als alle Tankgeschwader und Kohlenabkommen zusammen.

Das Blatt erscheint im Verlag der „Deutschen Druckerei-gesellschaft Kowno", die gleichzeitig ankündigt, daß sie eine deutsche Buch- und Lehrmittelhandlung in Kowno, Laisves Aleja Nr. 16, eröffnet hat.

Das Prager Deutsche Realgymnasium aufgehoben durch einen Expreßboten.

Das deutsche Realgymnasium in der Heinrichsgasse in Prag erhielt am 11. Juni nachmittags durch den Expreßboten einen Erlaß des Unterrichtsministeriums zugestellt, wonach die Anstalt aufgehoben und verordnet wird, daß ab Herbst d. Js. keine Schülereinschreibungen mehr stattfinden dürften. Die unerwartete Auflösung des Deutschen Realgymnasiums stellt einen brutalen Akt einer Ueberrumplung ärgster Art dar, eine neue Gewalttat gegen das Prager Deutschtum.

Gleichzeitig mit diesem Ueberrumplungsstreich gegen das Realgymnasium wurde auch die Auflösung der deutschen Staatsrealschule in Prag III vom Ministerium verfügt. Während die Auflösung des Realgymnasiums stufenweise erfolgen soll, wurde bei der Realschule die sofortige und vollständige Auflösung mit dem 30. Juni angeordnet. Das Ministerium begründet sein Vorgehen als Sparmaßnahme, doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um einen rein nationalen Gewaltakt handelt. Sachliche Gründe für die Auflösung dieser beiden Schulen sind nicht vorhanden. Beide Anstalten sind lebensfähig, das Realgymnasium weist eine Schülerzahl von 224, die Realschule von 205 auf.

Durch eine sofortige parlamentarische Aktion der deutschen Abgeordneten Prof. Kafka und Prof. Spina gelang es zunächst, die Auflösung des Realgymnasiums hinauszuschieben. Ob es aber gelingen wird, die deutschen Mittelschulen auf die Dauer zu erhalten? Schon hört man von weiteren Auflösungsplänen der Schulverwaltung, die sich sowohl auf die Deutschen Lehrerbildungsanstalten in Mies, Leitmeritz und Reichenberg als auch auf zwei außerhalb Böhmens gelegene deutsche Mittelschulen beziehen.

Deutsche im fernen Osten.

Anfang 1922 nahm die deutsche Weltschiffahrt ihre Fahrten nach dem fernen Osten wieder auf. Als erstes Schiff erschien die „Havelland" von der Hamburg-Amerika-Linie, ein stattliches Motorschiff von 9000 Pferdekräften in Gestalt von zwei großen Dieselmotoren mit einem Vorrat von 900 000 Kilogramm Heizöl, ein Werk der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg. Als Schiffsarzt machte Dr. Gerhard Venzmer die Reise mit, und hat in seinem fesselnden und anregenden, prächtig ausgestatteten Buch „Aus fernem Osten", Reiseeindrücke und Stimmungsbilder von der ersten deutschen Ostasienfahrt nach dem Kriege (Hamburg 1924, Weltbund-Verlag, 222 Seiten mit 30 Abbildungen, geb. M. 5) auch seine Beobachtungen über die Wiederkehr und Lage der Deutschen im fernen Osten nach dem Kriege mitgeteilt. Wo das deutsche Schiff erschien, in Schanghai-Wusung, Tientsin-Taku und Tsingtau, in Kobe und Yokohama wie Manila, wurde es von den ansässigen Deutschen freudig erwartet und jubelnd begrüßt. In der neuen Schiffsverbindung erkannten die Auslandsdeutschen eine Stütze des deutschen Handels. Von den Engländern wurden die Deutschen noch scheel angesehen und in Colombo, Singapore und Hongkong nicht zugelassen. An einem großen französischen Modewarenhaus in Hongkong bemerkte Venzmer — vier Jahre nach dem Kriege! — blutrünstige „Hunnenbilder": Ein deutscher Soldat spießt ein Kind auf, ein deutscher Arzt erschießt eine am Boden sich windende Krankenschwester, ein Feldgrauer mit dem Eisernen Kreuz hält eine lodernde Brandfackel und ein bluttriefendes Messer hoch, und schließlich zeigt sich ein dicker, deutscher Handelsreisender mit einem Musterkoffer aus Berlin. Darunter war zu lesen:

„Denke daran! Dieser Mann, der Kirchen, Spitäler und wehrlose Schiffe beschoß, dieser Räuber, Schänder und Mörder, der nach dem Kriege dir seine deutschen Waren verkaufen will, ist ein und dieselbe Person! Britische Männer und Frauen, gebt euch nicht ab mit den Deutschen, bis die von ihnen gegen die Menschheit begangenen Verbrechen gesühnt sind. Helft Deutsche und deutsche Waren zu boykottieren!"

Die schamlose, widerwärtige Kriegspropaganda der Engländer wurde demnach mit Kriegsende nicht beseitigt, sondern dauert fort, hie und da in aller Oeffentlichkeit, vielfach auch insgeheim. Wenn man indessen glaubte, durch solche Mittel und unter Beschlagnahme des deutschen Privateigentums das Auslandsdeutschtum im fernen Osten zu entwurzeln und zu verdrängen, so zeigen Venzmers Beobachtungen und Mitteilungen, daß Lügen da, wo sie nicht amtlich durch Landungsverbote und Aussperrungen beschützt werden, kurze Beine haben.

Nach Venzmers Beobachtungen sind Hunderte von Auslandsdeutschen wieder nach Ostasien zurückgekehrt und haben ihre Fabriken und Geschäftshäuser neu und mit gutem Erfolg eröffnet. Fortwährend vermehrt sich ihre Zahl.

In Shanghai wohnen schon wieder 600 Deutsche. Das stolze Gebäude des Deutschen Klubs, das schönste Klubhaus in Ostasien, ist jetzt im Besitz einer chinesischen Bank, doch hofft der Klub, einen Teil seiner Räume wieder zu erlangen. Voraussichtlich wird auch das Iltisdenkmal wieder aufgerichtet werden. Die deutsche Medizinschule, wegen ihres großen Rufes ein Dorn in englischen Augen, hat zwar ihr Gebäude verloren, aber im Paulun-Hospital Unterkunft gefunden und wird von den Chinesen fleißig besucht. Für die Deutsche Ingenieurschule errichteten sie nach dem Kriege ein riesiges Gebäude in Shanghais Vorhafen Wusung. In Tientsin sind über 400 Deutsche ansässig und 35 deutsche Geschäftshäuser tätig. Nach seinen Beobachtungen kommt Venzmer zu dem Schluß: Der Deutsche hat durch den Krieg sein „Gesicht" in China nicht verloren, er hat sich sein gutes „Gesicht" auch nach dem Kriege bewahrt — trotz der maßlosen englisch-französischen Deutschenhetze. Sehnlichst wünscht der Chinese ein Erstarken der Handelsbeziehungen mit Deutschland, denn groß ist in China der Hunger nach deutschen Waren.

Wehmütige Empfindungen kamen über Venzmer, als er an der Bucht von Kiautschou sah, wie ein freundliches deutsches Städtchen auftauchte. Am Staden von Tsingtau erwarteten 60 Deutsche mit vielen Chinesen das erste deutsche Großschiff nach dem Kriege und begrüßten es mit begeisterter Freude. Eine große Fabrikanlage, Strohbortenbleicherei für die Anfertigung von Strohhüten, wurde den deutschen Besitzern von den Japanern ohne Entschädigung weggenommen. Die Besitzer mußten Tsingtau verlassen. Jahrelang lagen die Einrichtungen brach. Jetzt haben die Deutschen die Fabrik zurückerworben, und die Schornsteine rauchen wieder. Unter chinesischer Verwaltung wird das Deutschtum in der ehemaligen deutschen Kolonie zu neuer Blüte erstehen. Denn die Chinesen lieben den Deutschen ebensosehr, wie sie den Japaner hassen.

In den japanischen Städten erstaunte Venzmer über die gute Kenntnis der deutschen Sprache bei den Aerzten, die vielfach deutsche Universitäten besucht hatten. In Kobe gibt es bereits wieder 200 Deutsche, und ihre Zahl wächst stetig. Das Gebäude des Deutschen Klubs in Yokohama wurde von den Japanern beschlagnahmt und ist bereits durch ein neues, prächtiges Klubgebäude ersetzt worden. Die Japaner beteuerten ihre Sympathien für die Deutschen und ihre Kultur, stimmten aber im Völkerbund bisher immer gegen Deutschland, selbst dann, wenn offenbares deutsches Recht gekränkt wurde.

In Manila wurden die Deutschen während des Krieges besser behandelt. Die Amerikaner enteigneten zwar das stattliche Gebäude des Deutschen Klubs, zahlten aber den vollen Kaufpreis aus. In Manila sind bereits wieder 150 Deutsche tätig, u. a. als Inhaber von Zigarrenfabriken, Kistenfabriken und Steindruckereien für die Aufmachung der Zigarren. Für Kopra und Hanf ist Deutschland ein guter Abnehmer. Spanier und Philippiner bekunden große Deutschfreundlichkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240627-17/fragment/page=0007

Somit hat im fernen Osten die deutsche Arbeibt mit ihrer Erzeugung den Absatzmarkt, deutsche Unternehmungslust und Tatkraft ihren Wirkungskreis wiedergefunden, und der Ruf deutschen Könnens geht so weit, daß nach Benzmer eine Singaporer Zeitung berichtete, deutsche Chemiker hätten ein Verfahren zur künstlichen Herstellung von Gold entdeckt. Und unter dem Eindruck, den er von den Auslandsdeutschen im fernen Osten mitgenommen, bestätigt Benzmer, was jeder Reisene mit offenen Augen wahrgenommen hat, daß wahrhaft deutsches Empfinden viele tausend Meilen fern von der Heimat oft leichter zu finden ist als daheim im deutschen Vaterlande. Vergessen wir nie unsere Pioniere im Auslande!

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Die Tagung für Gottesdienst und kirchliche Kunst.

die an der Universität Halle-Wittenberg vom 23.—26. Juni durch die theologische Fakultät, das Evangelische Konsistorium der Provinz Sachsen und die Generalsuperintendenten veranstaltet wurde, ist unter zahlreicher Beteiligung aus Halle der Provinz und allen Teilen des Reiches eindrucksvoll verlaufen. Es ist lebhaft zu begrüßen, daß namhafte Theologen und Künstler, wie D. Ficker, D. Eger, Dr. Schering; die Oberbauräte Hiecke, D. Fürstenau, Kickton und Ohle sich vereinigt hatten um in gemeinsamer Darbietung in die Probleme des evangelischen Gottesdienstes und seine musikalische Ausgestaltung, de evangelischen Kirchbaues und die kirchliche Bau- und Kunstpflege in eingehenden und vom tiefer Sachkunde getragenen Vorträgen einzuführen. Besonders bemerkenswert war die Ausstellung für kirchliche Gegenwartskunst, die in Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit als erste ihrer Art von Prof. D. Eicker veranstaltet wurde und in dem evangelischen Kirchenbau der Gegenwart, in die Wandmalereien und andere Kunstschätze, in Zeichnungen und Drucken, vor allem in die künstlerische Ausgestaltung von Konfirmatinsscheionen und Gesangbuch einführte. An die größere Oeffentlichkeit trat die Tagung mit musikalisch reich ausgestalteten Gottesdienst in der Marktkirche, der als Mitsommerfeier gedacht den Lobpreis des Schöpfers und Erlösers in den Mittelpunkt stellte und bei dem die Professoren D. Eicker und D. Eger als Liturg und in der Ansprache mitwirkten. Das Kirchenkonzert brachte Stücke von Palestrina und Bach, gesungen vom Stadtsingechor unter Leitung von Karl Klanert, während der hallesche Orgelmeister Oskar Rebling u. a. die große Phantasie und Fuge über Bach vortrug. Die sachkundigen Führungen durch die halleschen Kirchen, wie dem Dom, St. Moritz, St. Marien; St. Georgen haben den auswärtigen Teilnehmern nicht nur einen Eindruck von den großen Kunstschätzen aus der Geschichte der Stadt Halle übermittelt, sondern sie zugleich in die Geschichte des protestantischen Kirchbaues eingeführt. Soviel der deutsche Protestantismus auf dem Gebiete der Kunst schon geleistet hat, er wird noch größeres leisten, wenn aus dem evangelischen Gemeindebewußtsein der Gegenwart und der Zusammenarbeit zwischen Theologen und Künstlern protestantisches Gestalten weiter wachsen, reifen und Frucht tragen wird.

Turnen, Spiel und Sport.

B.-C. „Preußen".

Morgen abend stehen sich auf dem Preußenplatze Preußen I und Spielvereinigung I-Neumark im Gesellschaftsspiel gegenüber Das Spiel findet aus Anlaß des 23. Stiftungsfestes der Schwarz-weißen statt. Beide Gegner haben sich bis jetzt stets interessante und erbitterte Kämpfe geliefert, und so darf man wohl auch annehmen, daß das morgige Spiel guten und interessanten Sport bringt, da Neumark wohl augenblicklich als die stärkste Mannschaft der I b-Klasse des Saalegaues gelten dürfte. Unsere Schwarzweißen haben in den letzten Spielen stets gut abgeschnitten, immerhin werden sie sich tüchtig strecken müssen, wenn es zu einem Siege langen soll. Das Spiel beginnt 6.30 Uhr. Für Sonntag hatten die Hiesigen ein Spiel mit Sportfreunde (Liga) Halle vereinbart. Leider wurde ihnen aber die Spielerlaubnis von der zuständgien Behörde versagt, obwohl

Morgen Sonnabend, abends 1/2 7 Uhr
auf dem Preußenplatz
Neumark I — Preussen I

andere (Liga) Vereine die Erlaubnis erhielten. (Aus welchem Grunde macht der Gau hier Ausnahmen?)

Handball im V. f. L.

Im Rahmen der Jubiläumssportwoche finden kommenden Sonnabend im Augarten zwei Handballspiele statt. Die 1. Herrenhandballmannschaft spielt gegen die gleiche Mannschaft von V. f. L. Halle. Die hallische Mannschaft ist augenblicklich sehr spielstark, die selbst gegen Pol. Sp. V. Halle, den Mitteldeutschen Meister, günstig abschneiden konnte. Jedenfalls verspricht der Kampf morgen spannend zu werden, da V. f. L. auch in stärkster Aufstellung spielen wird. Auf den Ausgang des Spieles darf mann gespannt sein. Gleichzeitig spielt morgen die 1. Damenmannschaft gegen V. f. L. Halle, und man muß abwarten, welche Mannschaft hier Siegerin wird.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 26. Juni. Auf dem heutigen Devisenmarkt sind keine nennenswerten Aenderungen eingetreten. Die Kursbewegung ist ziemlich uneinheitlich. Der Bedarf an Devisen ist auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft. Dollarschatzanweisungen stellten sich auf 76,50 Proz. K.-Schätze und Goldanleihe unverändert; Polennoten 79,615—81,635.

Effektenbörse.

Im Vordergrund der Beachtung bei den deutschen Börsen standen gestern wiederum inländische Anleihen, von denen unter Führung der ehemaligen Kriegsanleihe groteske Kurssprünge erzielt wurden. Kriegsanleihe schlossen in Berlin bei äußerst lebhaftem Verkehr mit etwa 290 Milliarden. Die Aufwertungshoffnungen werden trotz aller Dementis mit Ueberzeugung vertreten. Der Geldmarkt machte bei einem Satze von 0,50 pro Mille pro Tag keine Schwierigkeiten.

Produktenmarkt.

Berlin, 26. Juni. Das Inlandsangebot hat wesentlich nachgelassen, sodaß sich eine leichte Preisbesserung durchsetzen konnte. Im allgemeinen wies die Börse eine ziemlich feste Tendenz auf.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 26. Juni.

Auftrieb: 209 Rinder (72 Ochsen, 36 Bullen, 35 Kalben, 66 Kühe), 518 Kälber, 370 Schafe, 968 Schweine, zusammen: 2065. Außerdem von Fleischern selbst zugeführt: 60 Kälber, 67 Schweine. — Preise für 50 Kg. Lebendgewicht (in Goldmark): Ochsen 1. Kl. —, 2. Kl. 36 bis 46, 3. Kl. 26—36, 4. Kl. 18—26 Bullen: 1. Kl. 36—40, 2. Kl. 30—33, 3. Kl. 25—32 4. Kl. — Kalben und Kühe: 1. Kl. 44—48, 2. Kl. 44—48, 3. Kl. 36—44 4. Kl. 24—36, 5. Kl. 16—24. Kälber 1. Klasse —,— 2. Kl. 55—60, 3. Kl. 45—55, 4. Kl. 32—45 Schafe 1. Klasse 48—53, 2. Kl. 35—48, 3. Kl. 15—35. — Schweine 1. Kl. 52—54, 2. Kl. 52—54, 3. Kl. 47—52 4. Kl. 40 bis 47, 5. Kl. —,—.

Geschäftsgang: Rinder sehr langsam; Kälber, Schafe und Schweine mittelmäßig. — Ueberstand: 62 Rinder (davon 32 Ochsen, 7 Bullen, 13 Kalben, 10 Kühe) und 252 Schafe.

Berliner Metallpreise vom 26. Juni.

Elektrolytkupfer 118,25, Raff. Kupfer 1,00—1,02, Weichblei 0,55—0,57, Rohzink 0,54—0,55, Bankazinn 4,00 bis 4,10 Reinnickel 2,25—2,35, Barrensilber (zirka 900 f.) 88—89.

Effektenkurse.

(mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg).

Berliner Börse vom 26. Juni 1924.

Hapag	21,9	Charlot. Waffer	17 3/4	Köln-Rottweiler	5 3/8
Hansa Dampf	9,—	Chem. Heydem	2 1/4	Körbisdorf Zucker	115,—
Nordd. Loyd.	4 1/2	Chem. Gelsenkirchen	59,—	Leopold Grube	5,—
Ver. Elbeschiff.	2,1	Conti. Kautschuk	6 1/4	Leutke Piano	0,45
Berl. Handelsges.	22,7	Cröllw. Papier	6 3/4	Linde Eismasch.	5,4
Commerz- u. Priv.-Bk.	4,—	Daimler Motoren	2,2	Mansfeld	2 1/2
Darmst. u. Nationalb.	7,8	Dessauer Gas	22,—	Nordd. Wollkämmerei	30 1/2
Deutsche Bank	8 7/8	Dt. Kabel	0,8	Oberschl. Eb. B.	10 1/2
Diskonto Kom.	8 7/8	Eilenburger Cattun	9 3/4	Ostwerke	17 3/8
Dresdner Bank	5,—	Elberfelder Farben	10 1/2	Phönix Bergbau	26,—
Hall. Bk.-Verein	1,—	Fahlberg List	2,8	Plauen Tüll	7 3/4
Leipz. Erd. (Adca)	1 3/4	Fraustadt Zucker	9,—	Rauchw. Walter	1,3
Reichsbk. Anteil	31 1/2	Froebeln Zucker	5 1/4	Rhein. Sprengstoff	3 1/2
Sächs. Bank	34,—	Gelsenkirch. Bergw.	48 1/2	Rositzer Zucker	20 1/2
Engelhardt-Br.	18,—	Genthiner Zucker	3,2	Rückforth Sprit	0,525
Schulth.-Patzenh.-Br.	16 1/2	Ges. f. elektr. Unt.	16,—	Fritz Schultz jr.	13,9
Leipzig Riebeck	5,5	Glauz. Zucker	12 5/8	Siegen Solingen	0,9
Agfa	9 3/4	Hageda	0,6	Stöhr	55 3/4
A. E.-G.	7,—	Hartmann Sächs. Masch.	2,7	Teichgräber	0,85
Ammendorf Pap.	2,7	Hirsch Kupfer	17 3/4	Thür. Gas	5 1/2
Bad. Anilin	12 7/8	Hoechster Farben	9 7/8	Tritonwerke	2,4
Schwartzkopf Masch.	11,—	Ilse Bergbau	11 3/4	Ver. Bln. Frf. Gum.	2,1
Braunk. u. Brik.	16,—	Kahla Porz.	5 1/4	Wegelin & Hübner	4,—
Busch opt. Ind.	3,1	Kirchner & Co.	12,—	Zwickauer Masch.	1,—

(Alles in Billionen Prozent.)

Berliner Freiverkehr vom 26. Juni 1924.

Becker Kohle	4,375	Hagen-Rötteln	3,—	Ver. chem. Zeitz	4,5
do. Stahl	2,25	Kursachsen Braunk.	0,625	Krügershall	3,125
Berlin-Halberst.	0,1	Schebera	1,1	Nationalfilm	0,4
Brown Boverie	1,375	Stahlwerk Krone	—	Ufafilm	4,5
Dt. Wald u. Holz	0,12	Stralauer Glas	7,5	Diamand	15,—

(Alles in Billionen Prozent.)

Leipziger Börse vom 26. Juni 1924.

Chroma Najork	1,4	Paradiesb. Steiner	1,8	Dähne, Max	0,18
Dermatoid	2,3	Rauch, Walter	1,2	Eitner, Hans	0,45
Falkenst. Gard.	7,5	Riquet & Co.	3,4	Heine & Co.	1,5
Gautzsch Kammgarn	3,6	Schönherr Sächs. Webst.	4,7	Karnatzki	1,3
Groß Kunstanst.	1,6	Sondermann u. Stier	0,45	Nordd. Gen. Scheine 500	15,—
Hetzer, Otto	0,65	Textil. Claviez	1,3	" " 1000	36,5
Hupfeld	2,4	Warshausen Kammg.	5,5	Poege Elektr.	1,15
Landkraft. Leipzig	2,9	Freiverkehr.		Samsonia	0,04
Lpzg. Buchb. Fritzsche	2,7	Apparatebau Weimar	0,66	Thür. Zuck. Walschleben	4,6
Lindner	4,1	Bauchw. Pischerer	0,2	Wollh.-Haimicher	1,3

(Alles in Billionen Prozent.)

Hallesche Börse vom 26. Juni 1924.

Halle Bankverein	1,—	Hildebrand Mühle	1,9	Freiverkehr.	
" Pfännersch	9,—			Api	2,5
Riebeck Montan	32,5	W. Kathe	0,9	Bernb. Saalmühle	0,6
Werschen Weißenfels	60,—			Caeser u. Loretz	2,23
Ammendorf Papier	3,5	Gottfr. Lindner	4,—	Hanf Import	1,—
Halle Zimmermann	0,36			Krügershall	3,—
Röhren	0,7	Wegelin u. Hübner	4,—	Mansfeld	2,3
Heckert Glas	0,11	Zuckerraff. Halle	9,—	Vester Spedition	0,5

(Alles in Billionen Prozent.)

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 29. Juni 1924 (2. nach Trinitatis). Gesammelt wird eine Kollekte für die Berliner Missionsgesellschaft.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Pastor Wuttke. — 11 Uhr: Missionskindergottesdienst. (Miss. Heil.) Donnerstag, abends 1/2 7 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Pastor Wuttke.

Jungfrauen-Verein d. Vaterl. Frauen-Vereins (Seffnerstraße 1).
Sonntag, abends 1/2 8 Uhr: Versammlung.

Christl. Verein Junger Männer (Seffnerstr. 1).
Sonntag und Dienstag, 8 Uhr: Versammlung.

Christliche Gemeinschaft (i. d. L.) (Herberge zur Heimat).
Mittwoch, abends 1/2 8 Uhr: Bibelbesprechstunde.

Volksbibliothek: Geöffnet wie bisher.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: **Festgottesdienst** zur Erinnerung an die Einführung der Reformation in Merseburg (1. Juli 1543). Pastor Angermann. 11 1/4 Uhr: Missionskindergottesdienst. Miss. Heil.

Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag abend 8 Uhr: a. d. Geisel 5: **Reformationsfeier.** — Donnerstag, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Evang. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag, abends 8 Uhr: Chorgesang an der Geisel 5. Lehrer Busch. — Mittwoch abend Versammlung **fällt aus.**

Altenburg. Feier des hundertjährigen Bestehens der Berliner Mission. — Vorm. 10 Uhr: Missionssuperintendent Dr. Schloemann. (Pretoria.) — 11 Uhr: Missionskindergottesdienst. Derselbe.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag, abends 8 Uhr: Konfirmierten Söhne im Pfarrhause. — Dienstag, nachm. 4 Uhr: Monatsversamml. d. Frauenhilfe im Pfarrhause. Donnerstag, abends 8 Uhr: Konfirmierten Töchter im Pfarrhause.

Christliche Versammlung, Blanckestraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: Evangelisationsvortrag im Gasthof zur grünen Linde am Gotthardtstor. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Evangelische Kirchengemeinde Neu-Rössen.
Vorm 10 Uhr: Gottesdienst. Pastor Jentzsch. — Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Jentzsch. Montag, abends 8 Uhr: Kirchenchor. Pastor Jentzsch. — Mittwoch, nachm. 5 Uhr: Choralstunde in der Kirche. Pastor Jentzsch. — Abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Siedlungsschule. Pastor Jentzsch.

Katholische Gemeinden.
Sonnabend von 5—8 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag 7 Uhr: Frühmesse mit Predigt; 9,30 Uhr: Hochamt mit Predigt; 8 Uhr: Andacht. Freitag 8 Uhr: Andacht.

Neurössen. Sonnabend von 6 Uhr an: Beichtgelegenheit. — Sonntag 7 Uhr: Frühmesse mit Predigt; 9.30 Uhr: Hochamt mit Predigt: 2.30 Uhr: Andacht.

Geiseltal.
Naundorf. 11 Uhr: Gottesdienst m. Predigt.
Neubiendorf. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt
Kayna. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Garbenbinder „Rheinmetall"
(Krupp-Fabrikat)
einschl. Fracht ab Lager . . 1050 G.-M.
Grasmäher
einschl. Fracht ab Lager . . 270 G.-M.
Haferquetschen „Agraria"
(7 Zentner stündlich)
einschl. Fracht ab Lager . . 135 G.-M.
Zentrifugen (60 Liter stündlich)
einschl. Fracht ab Lager . . . 80 G.-M.
und bis 180 Liter stündlich
einschl. Fracht ab Lager . . 200 G.-M.
Pflüge „Eusati" / Kultivatoren / Eggen
Reparaturen sämtlicher Maschinen.
Schrader - Bölsche,
Nulandtplatz. Tel. Nr. 280.

Ich verschenke Geld
durch Verkauf von
Bettstellen
hell, eiche, gestrichen . . . Stück 22.—
Kinderbettstellen, weiß lackiert Stück 15.—
Kommen Sie u. überzeugen Sie sich selbst von meiner Leistungsfähigkeit.
Sichern Sie sich eine der Bettstellen durch Anzahlung
4 Wochen Zeit zur Bezahlung!
Patent- u. Auflege-Matratzen hierzu erhältlich.
2 Plüsch-Sofas, gebr. Mk. 45.— u. 50.—
Machen Sie reichlichen Gebrauch — von meinem Angebot —
Friedr. Bergmann,
Breite Straße 6.

Rote Rose und Lavendel
sind die bewährtesten Haarwasser à Flasche M 2,50
Der Versand erfolgt franko per Nachnahme.
Parfümerieversandhaus Johannes Schubert,
Halle a. S., Oleariusstraße 12.

Reformleibchen
auch für starke Damen und Kinder.
Büstenhalter, Hüfthalter, Korsetts.
A. Henckel
Delgrube 29.
Geschäftsprinzip: Preiswert und gut.

Möbel auf Abzahlung!
Wir bieten an:
Korbsessel, Bettstellen, Matratzen, Stühle, Spiegel.
Wochenrate 1 Mk.
Ruhebetten, Kleiderschränke, Vertiko, Rauchtische, Nähtische.
Wochenrate 2 Mk.
Komplette Küchen, Küchen-Buffets, Plüschsofa, Schreibtische Schlafzimmerschränke, mit und ohne Spiegel.
Wochenrate 3 Mk.
Eichmann & Co.
Halle-S.
Gr. Ulrichstrasse 15.
Eingang Schulstrasse

Durchschlag-Blätter
für die Schreibmaschine
jedes Quantum preiswert zu haben im
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Nicht
1 Paket Seifenpulver
sondern
1 Paket Dixin
müssen Sie verlangen-dann haben Sie die Sicherheit, ein wirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **Dixin** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Waschwirkung und für jeden Waschzweck geeignet

F. Gustav Zahn
Telephon 5683 **Halle (Saale). Königstrasse 59** Telephon 5683
(Gegründet 1912)
Spezial-Großhandlung in Metall-Halbfabrikaten
Messing-Bleche, Stangen, Röhren, Drähte
Kupfer-Bleche, Stangen, Röhren, Drähte
Aluminium-Bleche, Stangen, Röhren, Drähte
etc. etc.
Ständig reichhaltig sortiertes Lager **Königstr. 59**
Ausserdem Lieferungen ab Werk kurzfristig!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240627-17/fragment/page=0008